

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Insertate
(14 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 2. Dezbr. Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allernachst geruht, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Fleischer zu Potsdam, dem Universitätssekretär a. D. Kanzleirath Meyer zu Halle an der Saale, und dem Wigewaltmeister Bartusch vom Neumarkischen Dragonerregiment (Nr. 3) den Rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; ferner dem Bischof von Eriar, Arnoldi, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Niederlande ihm verliehenen Groß-Offizier-Kreuzes des Großherzoglich luxemburgischen Ordens der Ehrenkrone, so wie dem Pfarrer Goetschmann zu Fischbach im Regierungsbezirk Bielefeld, zur Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes zweiter Klasse des Verdienstordens vom heiligen Michael zu erteilen.

Der bisherige Geheime Rechnungsrevisor, Rechnungsrath Utting, ist zum Geheimen Kautzeldirektor ernannt worden.

Nr. 286 des St. Anz. bringt einen Allerhöchsten Erlass vom 12. November 1860, betr. die Anciennitäts-Verhältnisse und die Gehaltsstufen der richterlichen Beamten.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 2. Dez. [Verleihung von Fahnen an die Jäger- und Pionier-Bataillone.] Im neuesten „Militär-Wochenblatt“ sind folgende Kabinettsordres vom 27. und 29. November veröffentlicht:

„Im Verfolg Meiner Ordre vom 15. Oktbr. d. J. bestimme Ich, daß auch die sechs Jägerbataillone, welche noch keine Fahnen führen, sowie das Garde-Pionier-Bataillon und die Einien-Pionier-Bataillone, Fahnen erhalten. Berlin, den 27. November 1860. Im Namen Seiner Majestät des Königs (gez.) Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent. (gegenges.) v. Moos. An das Kriegsministerium.“

„Ich will die Annagelung und die Einweihung der an sechs Jäger-Bataillone, an das Garde-Pionier-Bataillon, an die acht Pionier-Bataillone und an die neu formierten Truppenteile zu verleihenden Fahnen und Standarten in Meiner Gegenwart vollziehen lassen und befehle, daß die Annagelung am 17. Jahre d. J. im königlichen Schlosse, die Einweihung aber am Krönungstage vor dem Denkmal des hochseligen Königs Friedrich des Großen Majestät in Berlin stattfinden soll. Zur Beinhaltung dieser Feiern sind 1) von jedem der neu errichteten Garde-, Garde-Grenadier- und Einien-Infanterie-Regimenter: der Regimentskommandeur, ein Hauptmann, ein Premier-Lieutenant, ein Sekonde-Lieutenant, drei Unteroffiziere (worunter auch Feldwebel), drei Gemeine, so daß jedes Bataillon repräsentirt ist; 2) von jedem der neu errichteten dritten Bataillone des Garde-Füsilier-Regiments und der acht Einien-Füsilier-Regimenter: der Regimentskommandeur, ein Hauptmann, ein Unteroffizier (auch Feldwebel), ein Füsilier; 3) von jedem der sechs Jäger-Bataillone: der Bataillons-Kommandeur, ein Hauptmann, ein Oberjäger (auch Feldwebel), ein Jäger; 4) von jedem der neu errichteten Garde- und Einien-Kavallerie-Regimenter: der Regimentskommandeur, ein Hauptmann, ein Premier-Lieutenant, ein Sekonde-Lieutenant, ein Unteroffizier (auch Wachtmeister), ein Gemeiner; 5) von dem Garde-Pionier-Bataillon und den acht Einien-Pionier-Bataillonen: ein Bataillons-Kommandeur, ein Hauptmann, ein Unteroffizier (auch Feldwebel), ein Pionier, zu entsenden. Sie haben diese Meine Ordre der Armee bekannt zu machen und das weitere Erforderliche zu veranlassen. Berlin, den 29. November 1860. Im Namen Sr. Maj. des Königs. (gez.) Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent. (gegenges.) v. Moos. An den Kriegsminister.“

— [Rußland und Frankreich.] Rußland hat, wie der „B.Z.“ gemeldet wird, neuerdings in Paris Schritte gethan, die den Kaiser aller noch aus den Tagen von Warschau datirenden Besorgnisse hinsichtlich einer russisch-österreichisch-preussischen Solidarität, welche er etwa noch hegen mochte, enthoben haben. Die Revolution in Italien kann sich demnach auch bezüglich Venedigs, von französischer Seite vollkommen ungehindert, entfalten. Als ein Symptom des in Petersburg waltenden Bestrebens, in Paris keinen Gedanken an eine engere Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich aufkommen zu lassen, betrachtet man in Paris den Umstand, daß Herr v. Balabine, dessen Eintreffen mit Bestimmtheit in diesen Tagen zu erwarten war, plötzlich seine Rückkehr auf viele Wochen verschoben hat. (Angeblich natürlich nur Behufs Ordnung in Familienangelegenheiten! D. Red.)

— [Die Privatbanken.] Die „B. V. Z.“ schreibt: Die verschiedenen Klagen und die damit zusammenhängenden Wünsche

der in Preußen konfessionierten Privatbanken sind seit Jahren so oft besprochen worden, daß wir dieselben als bekannt voraussetzen dürfen. Wie wir hören, wird in diesem Augenblick eben eine ausführliche, alle, bisher an das Ministerium wiederholt, aber vergebens gestellten Anträge motivirende Denkschrift ausgearbeitet, in dem mehrere Abgeordnete sich bereit erklärt haben, diese Anträge zu den ihrigen zu machen und somit die ganze Lage des preussischen Bankwesens im Abgeordnetenhaus zur Erörterung zu bringen.

— [Obertribunals-Entscheidung.] Das Justizministerialblatt enthält ein Erkenntniß des Obertribunals vom 19. v. M., wonach der Rekursrichter in Strafsachen vermöge seiner Stellung als Richter der höheren Instanz befugt ist, sich jeder rechtlichen und thatsächlichen Beurtheilung der Sache innerhalb der dem Rekurs gezogenen Schranken zu unterziehen, mithin auch das von dem ersten Richter festgesetzte Strafmaas einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen.

— [Strafrechtspflege in Preußen.] Ueber die Resultate der Rechtspflege in Preußen während des Jahres 1859 gehen und folgende Mittheilungen zu. Es betrug die Zahl der neu eingeleiteten Untersuchungen wegen Verbrechen und Vergehen bei den Gerichten erster Instanz im Jahre 1859 106,082. Davon betrafen Hochverrath sowie Landesverrath keine, Verleumdung des Königs und Mitglieder des königl. Hauses 119, feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten 2, Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte 87, Widerstand gegen die Staatsgewalt 3287, Vergehen gegen die öffentliche Ordnung 27,910 (darunter gegen Bettel, Landstreichens und Arbeitslosen 19,978), Münzverbrechen und Münzvergehen 85, Meineid 503, falsche Anschuldigungen 229, Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen 87, Verbrechen in Beziehung auf den Personenstand 31, Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit 2327, Verletzung der Ehre 861, Zweikampf 8, Verbrechen und Vergehen gegen das Leben 496 (darunter Mord u. Todtschlag 134 u. Kindesmord 69), Körperverletzungen 8251, Verbrechen und Vergehen gegen die persönliche Freiheit 181, Diebstahl (inklusive Holzdiebstahl) 38,809, Unterschlagung 4003, Raub 98, Erpressung 35, Hehlerei 433, Betrug 2077, Untreue 54, Urkundenfälschung 1332, Bankrott 248, strafbarer Eigennutz 3114, Vermögensbeschädigung 2099, gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen 605 (vorläufige Brandstiftung 253, fabrikfähige Brandstiftung 2679), Verbrechen und Vergehen im Amte 436, vierter und fernerer Golddiebstahl 5225, Verbrechen und Vergehen gegen die Post-, Steuer- und Zollgesetze 943, andere Verbrechen und Vergehen, auf welche besondere neben dem Strafgesetzbuch geltende Strafgesetze zur Anwendung kommen 2107, davon sind mittheilend der Presse begangen 66. Mit Hinzurechnung der im Jahre 1859 neu eingeleiteten Untersuchungen wegen Uebertretungen mit 140,557, und wegen Gold- und Silberdiebstahl mit 430,508, so ergibt sich die Hauptsumme an neu eingeleiteten Untersuchungs-fällen für 1859 von 677,137. Die Zahl der Angeklagten in den beendigten Untersuchungen wegen Verbrechen und Vergehen betrug 1859 131,876 und zwar 105,598 männliche (80 Proz.) und 26,278 weibliche (20 Proz.). Unter 100 Angeklagten waren ferner dem Alter nach unter 16 Jahren 4 bis 5, über 16 Jahren 95 bis 96, der Religion nach 97 bis 98 Christen und 2 bis 3 Juden, ruffällig 18 bis 20. Durch definitive Erkenntnisse verurtheilt 34 bis 35, freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt 13 bis 14, durch Tod oder andere Weise der Anklage entzogen 2.

— [Chausseegeld für landwirthschaftliche Fuhrwerk.] Eine Frage, mit welcher sich das Landesökonomiekollegium in seiner jetzigen Sitzung beschäftigt, hat sich auf die Erhebung des Chausseegeldes für landwirthschaftliches Fuhrwerk gerichtet. Sind wir recht unterrichtet, sagt die „N. P. Z.“, so ist eine gänzliche Befreiung, und wenn diese nicht möglich, doch eine Ermäßigung vorgeschlagen worden. Hinderlich dürfte jedenfalls der Umstand sein, daß auf einzelnen Gebieten die Einnahme des Chausseegeldes noch für Jahre hinaus verpachtet worden ist.

— [Bedingungen zur Verleihung des Prädikats als Musikdirektor.] In neuerer Zeit haben bei dem Ministerium die Anträge auf Verleihung des Prädikats als Musikdirektor, ohne Vorhandensein der erforderlichen Voraussetzungen, sich so gehäuft, daß das neueste Zentralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung es für zweckmäßig hält, auf eine Verfügung des Ministers v. Ladenberg vom 8. Juli 1850 hinzuweisen, in welcher die noch heute maßgebenden Grundzüge für die Verleihung des bürgerlichen Titels aufgestellt sind. Darnach sollen bei der ohnehin möglichst zu beschränkenden Ertheilung des Prädikats, Musikdire-

tor“ in Zukunft nur solche Musiker berücksichtigt werden, welche eine allgemeine wissenschaftliche und gründliche musikalische Bildung besitzen, sich durch größere musikalische Kompositionswerke, die Anerkennung gefunden, bekannt gemacht, und sich vornehmlich auch durch die Direktion bedeutender, aus feststehenden musikalischen Einrichtungen hervorgegangener Musikaufführungen mit Erfolg bewährt haben. Zugleich wird vorbehalten, in den einzelnen Fällen das Gutachten der durch die musikalische Sektion der königl. Akademie der Künste vertretenen Sachverständigen einzuholen.

Danzig, 1. Dezbr. [Preßprozeß.] Vor den kleinen Assisen stand vorgestern der verantwortliche Verleger der „Danz. Z.“ A. W. Kafemann, angeklagt wegen Verleumdung und Verleumdung des Magistrats zu Marienburg und zwar wegen einer aus dem „Bromberger Kreisblatt“ abgedruckten Korrespondenz aus Marienburg vom 9. Dez. v. J., in welcher die Mittheilung gemacht war, daß „der Marienburger Magistrat die Theilnahme der Bürger an den letzten Wahlen der Stadtverordneten durch Androhungen von Geldstrafen zu beleben versucht habe.“ Die Korrespondenz hatte ferner bemerkt, daß, wenn es einer Kommunalbehörde nicht gelinge, sich das Vertrauen der Bürgerschaft zu erwerben u., sich durch die ungesegnete Androhung der Strafen der erfolglose Gemeinssinn schwerlich wieder erwecken lasse. In einem bereits früher angehängenen Termine hatte der Verteidiger des Angeklagten beantragt, die in Bromberg gegen den Verleger des „Kreisblatts“ ebenfalls erhobene Unteruchung abzuwarten, worauf der Gerichtshof eingegangen war. Nach Verlesung der betreffenden Artikel der „Danz. Z.“ und des „Bromb. Kreisblatts“ trug der Vorsitzende des Gerichtshofes das von der Staatsanwaltschaft in Bromberg eingegangene Schreiben vor, nach welchem dieselbe von einer Anklage des dortigen verantwortlichen Verlegers Abstand genommen, weil durch die Zeugenaussagen festgestellt war, daß der gleichigen Strafandrohungen wirklich erfolgt seien und weil der Artikel selbst Verleumdungen oder Verleumdungen des Magistrats nicht enthalte. Trotzdem fand sich die hiesige Staatsanwaltschaft, vertreten durch Hrn. v. Grävenitz, veranlaßt, die Anklage aufrecht zu erhalten, weil sie die Ueberzeugung habe, daß der betreffende Artikel Verleumdungen gegen den Magistrat enthalte, da derselbe für die, sei es aus übertriebenem Amtseifer, sei es aus irgend einer anderen Absicht begangenen Mißgriffe eines Unterbeamten nicht verantwortlich gemacht werden könne. Die Ansicht der Staatsanwaltschaft in Bromberg theile die hiesige nicht, auch sei der Instanzenweg nicht beschritten. Sie beantrage daher eine Geldstrafe von 20 Thlrn. Der Verteidiger widerlegte die Ansicht der Staatsanwaltschaft, daß der betreffende Artikel ein Preßvergehen enthalte. Das behauptete Faktum sei vielmehr durch die Bromberger Staatsanwaltschaft festgestellt. Der mit dem Auftrage des Magistrats vertraute Polizeidiener sei gleichsam sein Mandatar und der Magistrat für die Handlungen desselben verantwortlich. Außerdem seien die Ueberschreitungen des Polizeidieners vom Magistrat dadurch indirekt anerkannt, daß jener entlassen sei. Der Verteidiger schloß mit der Ausführung, daß es traurig sein würde, wenn in einem Staate von einer Beförderung derjenigen, der das angebliche Vergehen begangen, freigesprochen, während derjenige, welcher den angegriffenen Artikel nur weiter verbreitet habe, von der andern verurtheilt werden würde. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete auf Freisprechung. (D. Z.)

Köln, 1. Dez. [Hirtensbrief.] Die „Köln. Z.“ veröffentlicht einen unterm 12. d. von dem Kardinal-Erzbischof v. Geißel erlassenen Hirtensbrief, in welchem die Erzdiozesanen aufgefordert werden, für den Papst zu beten und ihm den Peterspfennig zu schenken. Ähnliche Hirtensbriefe sollen von den Bischöfen von Paderborn, Speyer und Regensburg erlassen worden sein.

Feuilleton.

Weitere Bemerkungen

über die unaufhörlichen Reklamationen von Seiten der polnischen Bewohner in Betreff der polnischen Sprache und polnischen Einrichtungen im Großherzogthum Posen.

Ueber die unaufhörlichen Reklamationen der polnischen Sprache von Seiten der polnischen Bewohner im Großherzogthum Posen hatte ich Bemerkungen gemacht, welche durch das Bromberger Wochenblatt verbreitet wurden, und auch in die Posener Zeitung (s. Nr. 248) übergingen. Gegenwärtig ist im Verlage der Buchhandlung des Herrn Constantin Zupanski zu Posen unter dem Titel: „Sammlung der Gesetze, betreffend die polnische Nationalität und polnische Sprache im Großherzogthum Posen“ eine Broschüre von einem Ungenannten mit der Jahreszahl 1861 in polnischer Sprache erschienen. Es ist dies indeß keine bloße Sammlung der darüber sprechenden Gesetze, sondern in Wahrheit ein Versuch, aus den in Auszügen zusammengetragenen Gesetzen und Verträgen den Anspruch auf die polnische Sprache und auf liberale polnische Einrichtungen — Verfassungen (institute) — zu begründen. Dies spricht denn auch die Einleitung der Schrift wörtlich aus, und in dieser scheint meine Bemerkung vom 23. August ihre Widerlegung finden zu sollen. Dies veranlaßt mich, jene Schrift einer näheren Erwägung zu unterziehen. Zunächst bezieht der Verfasser in seiner Schrift unter 1. die Grenzen Polens von 1772 und des gewesenen Herzogthums Warschau, und unter 2. die Theile, welche von dem letzteren durch die Wiener Verträge vom 9. Juni und vom 3. Mai 1815 zum Großherzogthum genommen sind, wozu noch der Beitritt Oesterreichs vom 4. Mai hinzukommt, und gründet auf diese Verträge und das Patent des Königs vom 15. Mai 1815 seinen Anspruch für die polnischen Bewohner des Großherzogthums auf freisinnige polnische Einrichtungen und Anerkennung der polnischen Sprache als Landessprache, indem er unter 2. und 3. aus jenen Staatsverträgen, namentlich aus denen vom 3. Mai 1815 die von den drei Monarchen Preußen, Oesterreich und Rußland in dieser Hinsicht darin ausgesprochenen Vergünstigungen dahin zusammenfaßt: „Polacy poddani Rossyi, Austrii i Prus otrzymali reprezentacya-institute narodowe wedle formy bytu politycznego, iaby kazdy z trzech rządow, pod litorenie zostawac beda, uzna za pozyczone i godziwe“, zu deutsch: „Die Polen-Untertanen Rußlands, Oesterreichs und Preußens werden nationale Repräsentation und nationale Einrichtungen erhalten, in der Form politischen Daseins, wie sie jede der 3 Regierun-

gen, unter welchen sie sich befinden, für nützlich und verständig erachtet werden.“ Zugleich macht der Verfasser geltend, daß diese Vergünstigungen auch allen übrigen polnischen Ländern von 1772, hier also auch für Westpreußen zu statuten kommen müßten, und daß diese Vergünstigungen ohne Zustimmung aller dabei betheiligten Vertrag schließenden Monarchen nicht aufgehoben oder abgeändert werden könnten. Es kann indeß hier allein von dem Großherzogthum Posen die Rede sein, insofern Theile des früheren Warschauer dazu gekommen sind, und nicht auch von Westpreußen, die nicht Gegenstand jener Verträge waren, noch es sein konnten; ebenso müssen hier von der Erörterung die dem Staate Rußland und Oesterreich von dem Herzogthum Warschau heimgefallenen Theile ausgeschlossen werden, und es kann dem unbekannten Verfasser nur überlassen bleiben, die vermeintlichen Rechte der Polen gegen diese Staaten geltend zu machen. — Die den polnischen Bewohnern im Großherzogthum Posen bewilligten Vergünstigungen sind allerdings in den Verträgen vom 3. und 4. Mai 1815 enthalten, sie sind aber von dem unbekannten Verfasser nicht richtig ausgezogen, und lauten im Artikel III. wörtlich: „Den Polen, die beziehungsweise der kontrahirenden Theile Unterthanen werden, sollen Einrichtungen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern, nach den Formen bürgerlichen Daseins zu Theil werden, welche jede der Regierungen, denen sie angehören, ihnen zugestehen für angemessen erachten wird.“ Von nationaler Repräsentation, von Gewährung einer Form politischen Daseins, insofern jede der Regierung für sich nützlich und anfänglich erachten wird, ist also in jenen Worten nichts zu finden, vielmehr den Monarchen vorbehalten, jene Einrichtungen für die Sicherung ihrer Nationalität nach den Formen bürgerlichen Daseins zu geben, welche sie ihnen zugestehen für angemessen erachten. — Wenn hiergegen der Verfasser für die polnischen Bewohner des Großherzogthums Posen ausschließlich polnische Regierungen, Gerichte, Schulen, Universitäten und die polnische Sprache als Landessprache reklamiert, so giebt derselbe jenen Verträgen eine Deutung, die sie gar nicht enthalten, und übersieht dabei die ausdrückliche Begrenzung, daß der Umfang dieser Vergünstigungen lediglich von den bezüglichen Monarchen abhängen soll, inwiefern dieselben sie den polnischen Unterthanen zugestehen für angemessen erachten werden. Die zutreffenden Einrichtungen sind also laut jener Verträge der eigenen Machtvollkommenheit eines jeden der Monarchen zu bestimmen anheimgegeben, welche sie demnach auch den eintretenden Umständen gemäß abändern können: es erscheinen hiernach die Vergünstigungen als Benefize. Dies wird ganz unbedenklich, wenn man hierbei

den Vertrag erwägt, den der König von Sachsen als Herzog von Warschau mit jenen drei Monarchen am 18. Mai 1815 geschlossen hat. In diesem Vertrage — Artikel XXII. — hat derselbe dieses Herzogthum ihnen in den ihnen zugefallenen Theilen ohne allen Vorbehalt abgetreten, und den neuen Besitzern zum Besten der polnischen Bewohner auch nicht die kleinste Verpflichtung zugemuthet, und gerade ihm stand die Befugniß zu, für seine bisherigen polnischen Unterthanen seine Wünsche zur Geltung zu bringen.

Diejen Verträge des Königs von Sachsen übergeht der unbekannte Verfasser gänzlich mit Stillschweigen, und wenn derselbe im Widerspruch mit diesem Vertrage immer wieder in seiner Broschüre eine freisinnige polnische Einrichtung — Verfassung — für die polnischen Bewohner des Großherzogthums begehrt, wie sie in Polen zu der Zeit von 1772 und bis zur gänzlichen Zertrümmerung Polens 1795 herrschte, begehrt, so muß der Verfasser die Geschichte und insbesondere die Verfassung Polens jener Zeit vergessen haben, denn sonst müßte er sich erinnern, daß in jener Zeit nur die Adligen und Geistlichen einen Stand bildeten, und ein Bürger- und Bauernstand gar nicht vorhanden war. Die Bauern waren sogar Leibeigene, wurden gleich Sklaven als Sache (glebas adscripti, an die Scholle gefesselt) angesehen, und vom adligen Gutseigenthum mit dem Gute als Zubehör verkauft. Erst im Jahre 1791 fand sich ein Ausländer, ein italienischer Geistlicher, der am 3. Mai desselben Jahres eine Konstitution für das damalige Polen entwarf. Diese proklamirte menschliche Rechte, schuf ein Erbrecht statt des bisherigen Wahlrechts, beschränkte die Herrschaft der Adligen, nahm ihnen das liberum veto (nie pozwalam, zu deutsch: ich geb' es nicht zu) und damit die Aussicht, einmal König zu werden, wozu jeder Edelmann wählbar war, räumte den Bürgern einige Rechte ein und milderte das Schicksal der Bauern. Doch auch die Verfassung vom 3. Mai 1791 kam nicht zur Ausführung; ein großer, mächtiger Theil des Adels verwarf sie; es bildete sich die Targowicer und littauische Konföderation, und beide vereint bekämpften solche mit dem Schwerte. Dies war die Verfassung und der Rechtszustand Polens in jener Zeit, wo durch Theilung, 1793, ein Theil davon unter der Benennung „Südpreußen“ an Preußen fiel, das diesen aber zu einem Theil Westpreußen machte. Dieser Theil wurde 1807 wieder zum Herzogthum Warschau abgenommen und gelangte durch die Verträge von 1815 nur zu dem geringsten Theile an Preußen zurück, wo solcher mit dem seit 1772 schon preussisch gewesenen Regdistrikte zu einem Großherzogthum Posen umgeschaffen ward. Nach jenem Zustande Polens eine freisinnige, ausschließlich polnische Verfassung im

Stettin, 1. Dezbr. [Zur Warnung.] Die „Ost. Z.“ theilt Folgendes mit: Durch Jons Brothers u. Comp. in London wurde im Mai cr. den Fabrikanten N. N. billiges Geld offerirt, und erhielten nach Uebereinkunft die Letzteren am 4. Mai ca. 2000 Thlr. Werth in Wechsel 8—10 Tage dato auf London von Ersteren, wogegen dieselben das Accept der N. N. pr. 3 Monat in Breslau domizilirt einholten. Als N. N. die Londoner Wechsel in Breslau verkaufen wollten, wurden dieselben als falsch erkannt, was sich beim versuchten Tassio auch bestätigte. Gleichzeitig, am 11. Mai, fragten die Herren J. u. Comp. in Berlin bei 2 Firmen in Breslau über die Sicherheit der N. N. an, und erhielten zur Antwort, daß wenn sich ihre Anfrage auf von London offerirte Accepte der N. N. bezöge, sie Vorsicht gebrauchen sollten, da solche auf einem Betrug der Londoner Firma „Jons Brothers u. Comp.“ beruhten. Diese Auskunft wurde am 16. Mai von den Herren J. u. Co. dahin beantwortet, daß sie die Warnung beherzigen und Sorge tragen würden, jene Accepte nicht zu diskontiren. Auch wurde von N. N. in den gelesesten Handelszeitungen Deutschlands vor dem Ankauf jener Accepte gewarnt. Die Accepte der N. N. befanden sich nun zur Verfallzeit am 4. und 6. Oktober in den Händen der Herren J. u. Co., welchen im Prozeß der Eid zugesprochen wurde, am Tage der Acquisition Nichts von dem, in den Akten angegebenen Sachverhalt gewußt zu haben. Der Eid wurde verweigert und dagegen von den Herren J. u. Co. beschworen, daß sie weder von dem Aussteller, noch einem der Giranten bei Acquisition der Wechsel von dem Sachverhalt unterrichtet worden wären. Somit wurden N. N. zur Einlösung ihrer Accepte und in die Kosten verurtheilt.

Oesterreich. Wien, 30. Novbr. [Der Prozeß Richter.] Im Richter'schen Prozeß waren am Dienstag und Mittwoch die entscheidendsten Vernehmungen. Nachdem der Angeklagte bereits hinsichtlich der ihm zur Last gelegten Malversationen bei der Kalkulierung gereinigt ist, erfolgte in den beiden letzten Verhörungen auch keine vollständige Rechtfertigung hinsichtlich der Devisen und Effekengeschäfte mit dem Finanzminister. Eine der unbefriedigendsten Stellen in diesem verwinkelten und langwierigen Prozeß hat der Staatsanwalt, der die ganze Kohorte von Belastungszeugen, welche er adjuviren ließ, gegen die Anklage hat ausfragen hören, ohne daß ihm bisher gelungen wäre, einem einzigen wichtigeren Moment der Anklage auch nur den Charakter hoher Wahrscheinlichkeit zu leihen. Mit großer Spannung wird nunmehr noch der Vernehmung des zeitigen Leiters des Finanzministeriums, v. Plener, entgegengefehen. Auf's Schmerzlichste enttäuscht sind jene, welche von dem Verlaufe des Prozeß's Belastungen gegen Bruck erwarteten. Nicht ein Schatten von Schuld ist gegen den ehemaligen Finanzminister erbracht worden. Der Verteidiger Dr. Berger beabsichtigt, in seinem Schlußplaidoyer das ganze Intriguengewebe offenzulegen, dem es zuzuschreiben ist, daß der Prozeß eingeleitet wurde, um einzelne Personen, besonders den Minister Bruck, für die Niederlage in Italien verantwortlich zu machen, und damit diejenigen zu entlasten, deren durch Eignung verblendete und zu den größten und sträflichsten Mißgriffen verleitete Politik von dem öffentlichen Urtheil Oesterreichs und des ganzen Europa allein für den traurigen Verlauf des italienischen Krieges verantwortlich gemacht ist. (B.H.)

— [Revolutionäre Erzeße.] Mit den Erzeßen in Debreczin in Ungarn bei der Installation des Obergepan's sind gleichzeitige aus gleichem Anlaß in Erlau Hand in Hand gegangen, so daß man an einem komplottmäßigen Vorgehen nicht zweifeln darf. Man insultirte die Organe der Staatsgewalt und schrie Elens für Kossuth und Garibaldi! Warum nicht auch für den großen Revolutionsfreund in den Tuilerien, der da Kossuth und Garibaldi zu seinen Freunden und Gehülfen zählt? Das ist weder eine aristokratische, noch eine nationale Opposition, noch überhaupt Aeußerung eines berechtigten oder entschuldigen Mißvergnügens: das ist Revolution, und nichts weiter. Sollten sie Recht behalten? Wir sind neugierig, zu vernehmen, ob sich nach diesen Vorgängen, die hier die allgemeinste Entrüstung erregen, in Deutschland immer noch Leute finden, die der magyarischen Konspiration gegen das Deuththum das Wort reden. (N. P.)

— [Wegweisung einer sardinischen Fregatte.] Eine Segelfregatte sardinischer Flagge lief am 24. d. M., wie die „Trief. Z.“ meldet, in den der Festung Pola naheliegenden Hafen von Fasana ein. Der Kommandant der österreichischen Korvette „Dandolo“, welche dort vor Anker lag, sendete einen Offizier an Bord der Fregatte, um ihren Kommandanten in Kenntniß zu setzen,

daß dieses letztere Schiff sich sogleich wieder zu entfernen hätte. Der sardinische Kommandant behauptete, einen Schaden in der Bemastung zu haben, den er in Fasana, ohne das Land zu berühren, ausbessern wollte. Weil aber dieser Schaden, eine beschädigte Raa, in keinem Falle der Art war, um die Fregatte segelfähig zu machen, so bestand der österreichische Kommandant auf seinem ursprünglichen Ansinnen und drohte, Gewalt anzuwenden, wenn diesem keine Folge geleistet würde. Der Sardinier mußte umsomehr nachgeben, als Verstärkungen aus Pola auf dem Wege waren, und setzte sonach unfreiwillig unter Segel.

— [Pläne der Magyaren.] Man schreibt der „B.H.“ von hier: „Eine neue Gefahr zieht herauf. Sie wissen bereits, daß an der vollständigen Verschmelzung der beiden Donaufürstenthümer in einen einzigen Staat gearbeitet wird; die Begünstigung dieser Verschmelzung durch Frankreich ist bereits gesichert. Aber man hat hier die Gewißheit erlangt, daß im Hintergrunde die ungarische Bewegungspartei steht. Vielleicht erinnern sie sich noch, daß vor einem Jahre ein magyarisches Blatt in Bukarest begründet wurde; daß, wie war bestimmt, die jetzt zur Reife gedehenden Pläne von langer Hand her vorzubereiten. Das Endziel ist die Herstellung eines großen Magyarenreiches längs der Donau bis ans Schwarze Meer, nach Süden unendlicher Ausdehnung fähig durch die türkischen Provinzen, in welchen die christliche Bevölkerung längs nach Befreiung leidet. Daß ein solches Magyarenreich selbst durch eine bloße Personalunion nicht länger mit Oesterreich zusammenhänge, sondern ganz auf eigenen Füßen stehen wolle, liegt auf der Hand. Die ersten näheren Aufklärungen in dieser Angelegenheit sollen aus Petersburg hier mitgetheilt sein, was insofern von ungleichbarer Bedeutung würde, als man daraus zu schließen berechtigt sein würde, daß Rußland mit jenen Plänen nicht einverstanden ist.“

— [Ueber die tumultuarischen Auftritte in Debreczin.] geben der „Ost. Z.“ nachträgliche Mittheilungen zu, aus denen hervorgeht, daß bei Gelegenheit der Installation des Obergepan's, Grafen Karolyi, Pöbelhaufen unter aufreißerischem Geschrei und dem Rufe: „Es lebe Kossuth! Es lebe Garibaldi!“ die Stadt durchzogen, und an mehreren ärarischen Gebäuden, wie an der Finanzdirektion, dem Tabakbeinlösungsamte, dem Magistratsgebäude u. s. w. die kaiserliche königlichen Wappen abgerissen haben. Es mußte die bewaffnete Macht einschreiten, um die Ruhe herzustellen, bei welcher Gelegenheit mehrere Verwundungen stattfanden und gegen 30 Personen verhaftet wurden. Wie man erfährt, war auch Eperies der Schauplatz ähnlicher tumultuarischer Scenen. Die Ruhe war übrigens wiederhergestellt.

— [Veränderte Stimmung in Bezug auf Italien.] In einem österreichischen Blatte, welches bisher für offiziös gehalten wurde, und das Recht der italienischen Regierungen, nicht bloß Oesterreich in Italien, mit Muth und Energie vertreten hatte, finden sich jetzt Ansichten entwickelt, die sehr befremden müssen. Das „Giornale di Verona“ schreibt nämlich:

„Wollte die Regierung Victor Emanuels ihren Ansprüchen billige Schranken geben und alle Verbindung mit Garibaldi und der revolutionären Partei abbrechen, so könnte Oesterreich ganz gut Freund und Beschützer der auf der dalmatischen beginnenden nationalen Bewegung werden und bei seinen gemeinschaftlichen Handels- und Machtinteressen im Mittelmeer mit Piemont, in dem es sich eine mächtige Schranke gegen Frankreich schaffen könnte, auf Grundlage der nationalen Unabhängigkeit und der vollständigen Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen beider Monarchien in Unterhandlung treten. Dazu braucht man nur den heiligen Vater zu bewegen, daß er die Statthalterchaft über seine Provinzen an Sardinien übertrage, um sich fortan nicht mehr als zusammengekauften Volk aus allen Nationen fügen zu müssen; desgleichen gälte es, sich für die übrigen italienischen Fürsten über einigermassen entsprechende Entschädigungen zu verständigen.“

Dies in Kürze der Inhalt des Artikels, der die bisherige vorsichtige Politik Oesterreichs seit dem Friedensvertrag von Villafranca in Frage stellt, und zugleich in einem Augenblicke den italienischen Fürsten gegen Abfindung den Verzicht auf ihr gutes und geheiligtes Recht zumuthet, wo Oesterreich selbst diesen Gedanken in Bezug auf Venedig empor von sich weist.

— [Ein neuer Betrugsprozeß.] Der „Br. Z.“ wird von hier geschrieben: Gleich nach Beendigung des Richter'schen Prozeßes kommt ein zweiter Prozeß zur Verhandlung, welcher mit ersterem in vieler Beziehung genau zusammenhängt. Die gegen Eynatten eingeleitete Untersuchung hatte nicht allein die Verhaftung Richters, sondern auch die mehrere Triester Kaufleute zur Folge. In diesen Prozeß sind verflochten: Hermann Jung, Handelsmann in Verona, Moses Bassivi, Handelsmann in Triest, August Volly, Prokurator bei Bassivi, Gradiadio Perugia, Handelsmann in Triest, Emanuel Pfister, Viehhändler in Agram, Moses Liebmann-Levi, Agent des Perugia und Moritz Jung, Sohn des Hermann Jung, welcher im Geschäft seines Vaters bedienstet war. Jung, Bassivi und Volly haben sich durch die Flucht sowohl der weiteren Un-

terfuchung, als der Verurtheilung entzogen. Der Anklageschluß lautet auf das Verbrechen der Verleitung zum Mißbrauche der Amtsgewalt und des Betruges gegen Jung und Bassivi, auf die Mitschuld an der Verleitung zum Mißbrauche der Amtsgewalt und auf Betrug bei Volly, Perugia und Pfister, und endlich auf Mitschuld am Betruge bei Liebmann-Levi und Moritz Jung. Eynatten hatte schon im Jahre 1852—1854 als kommandirender General in Verona die Befehlshaber des Jungs gemacht, welcher damals Schultheiß war. Jung zeigte sich damals dem General Eynatten sehr dienstfertig, indem er den Gläubigern seiner Frau 9000 Zwanziger für dieselbe bezahlte, und auf diese Weise selbst ein nachrichtiger Gläubiger desselben wurde. Jung machte sehr häufige Besuche bei dem General Eynatten, und als der Krieg im Jahre 1859 ausgebrochen war, kamen Jung und Bassivi im Juni nach Wien, um mit dem General Eynatten sich Betreffs der Uebernahme einer Lieferung zu verständigen. Am 9. Juli überreichten sie ein Offert, in welchem sie sich erbieten, 40,000 Dshen für 38 G. per Ztr. bis Ende Oktober, oder 20,000 Dshen zu 37 G. per Ztr. bis 20. Sept., oder 10,000 Dshen zu 36½ G. per Ztr. bis 20. Sept. zu liefern. Auf dem Offerte findet sich auch eine Nachtragserklärung, laut der sie die ganze Lieferung mit 35½ G. pro Ztr. zu übernehmen bereit sind. Die Nachtragserklärung ist vom 9. Juli, und ebenso auch die eigenhändige Genehmigung Eynattens datirt. In Folge dieser Offerte wurde ein Vertrag auf 20,000 Dshen aufgesetzt, welche sie, vom 1. August angefangen, nach Casarsa zu liefern hätten, und zwar wöchentlich 3000, in der letzten Woche nur 2000 Stück. Die Lieferung mußte bis 20. Sept. beendet sein. Die Ration von 160,000 G. wurde mittelst eines Acceptes erledigt, welches in der Kriegskasse deponirt wurde. Zur Durchführung dieser Lieferung verbanden sich Jung und Bassivi mit den Kapitalisten Rivoltella, Brambilla und Mandolfo, von welchen ersterer sich mit 7½, die beiden anderen mit 16 Proz. theiligten. Rivoltella gab 26,000 G., und die beiden anderen zusammen 100,000 G. als Unternehmungskapital her, und sie stellten zugleich das Accept auf 160,000 G. aus, welches als Ration dem Alerar übergeben wurde. Die Anklage behauptet nun, daß dieser Vertrag mit dem Bewußtsein abgeschlossen worden sei, daß das Alerar der Dshen nicht bedürfe; und in der Absicht, den zivilrechtlichen Vertrag zur Beschädigung des Staates dadurch zu benutzen, daß man durch Auflösung desselben eine Entschädigung erlangte. Eynatten bekannte, von dieser Lieferung eine Tantieme, und zwar mit 1 G. pro Dshen erhalten zu haben. Jung selbst brachte ihm diese 20,000 G. in sein Bureau. Am 8. Juli Abends konnte Eynatten bereits den eingetretenen Waffenstillstand, und am 12. Juli brachte die „Wiener Zeitung“ ein Abtheilung der Friedenspräliminarien. Eynatten wußte zugleich aus einem Berichte des Generalkommando's in Verona, daß dort 22,800 Dshen vorrätig seien, und dieses Generalkommando telegraphisch ihm ausdrücklich, daß keine Dshen nöthig, daher die Nachsendung einzustellen sei, weil bereits Futtermangel eingetreten, und auch schon Spuren einer Viehseuche aufgefaßt seien. Trotzdem lieferte Bassivi am 22. Juli bis 4. Oktober 9000 Stück, weil die Lieferung im August von 20,000 auf 10,000, und im September auf 9000 reduziert wurde. Für die erste Reduktion wurde dem Jung und Bassivi eine Entschädigung von 531,952 G., und für die zweite Reduktion eine Entschädigung von 118,000 G., zusammen also 649,952 G. zuerkannt. Im Ganzen zahlte das Alerar für alle 9000 Dshen 2,538,338 G. Auch für die Auflösung des Vertrages erhielt Eynatten Tantiemen, zuerst von 10,000 und eine weitere von 9000 G. Vom 5. September bis 4. Oktober wurden in Casarsa die überflüssigen Dshen, 8751 Stück, durchschnittlich mit 55 G. 60 Kr. pro Stück im Pensionswege verkauft. Weitere 2352 Stück wurden den Gemeinden statt Zahlung gegeben. So viel Dshen waren dort überflüssig. Berechnet man nun, daß das Alerar für die 8752 Dshen 494,411 G. erhielt, während es dieselben um 1,833,106 G. kaufte, so erleidet das Alerar einen Schaden von 1,338,694 G., die gezahlte Entschädigung hinzugerechnet, von 1,998,646 G. Die Kapitalisten Rivoltella, Brambilla und Mandolfo erhielten nun ihre Einlage zurück, und überdies als Gewinnanteil ersterer 50,000 G., die beiden anderen jeder 112,000 G., welche Gewinne bei den hohen Preisen, die das Alerar zahlte, und dem Sinken des Marktpreises und des Agio wohl aus der Lieferung der 9000 Dshen gezogen werden konnte, so daß Jung, Bassivi und Pfister, welche 60½ Prozent Antheil hatten, der ganze Gewinn der Nichtlieferung geblieben sein konnte. Das Mittel zum Betruge war die Verleitung Eynattens, und dieses Verbrechen ist Jung und Bassivi angeklagt und auch August Volly ist der Mitschuld rechtlich beschuldigt. Alle drei haben sich durch die Flucht ihrem weiteren Verfabren entzogen. Pfister war Mitglied der Lieferungsgesellschaft, und wie aus den Briefen und Telegrammen hervorgeht, war er von Allem in Kenntniß gesetzt, und er gestand auch, daß er wohl wußte, daß keine Dshen nöthig gewesen seien. Der Betrug, dessen Perugia und Liebmann angeklagt sind, bezieht sich auf Abnahme der Häute und des Anschnitts von den von Jung und Bassivi zu liefernden 20,000 und anderen von Schöpberger zu liefernden 16,000 Dshen, somit von 36,000 Dshen. Dieser Vertrag wurde nicht abgeschlossen, sondern abzuschließen versucht, als abgeschlossen fingirt, und zwar wieder nicht zur Erfüllung, sondern zur Auflösung, das heißt zur Erwirkung einer Entschädigungssumme, welche sie auch im Betrage von 35,000 G. erhielten. Die Abgeschlossenheit des betreffenden Vertrages scheiterte an der Energie und dem Widerstande des Reichsregierers in Verona, Oberlieutenant Gershawer.

Wien, 1. Dez. [Tagesbericht.] Die „Wiener Ztg.“ enthält in ihrem amtlichen Theile das Uebereinkommen zwischen Oesterreich, Frankreich und Sardinien betreffs Durchführung der Theilung der Aktiv und Passiva des Lombardischen Monte. Das Passivum beträgt 99 Millionen, von denen ⅔ auf Oesterreich, ⅓ auf Sardinien überwiesen worden sind. Das Aktivum beläuft sich auf 9½ Millionen. — Auf der an der dalmatischen Küste belegenen Insel Lesina wollte gestern das aus Ancona kommende sardinische Dampfkanonenboot „Confienza“ angeblich des schlechten Wetters wegen vor Anker gehen. Dasselbe wurde vom Plagkommandanten zurückgewiesen und erhielt nur Erlaubniß, bis zum nächsten Morgen zu bleiben. — Der „Pester“ schreibt man aus Benedig: „Die italienische Trifolore ist gänzlich aus unserm Hafen verschwunden, und es scheint sich dadurch das Gerücht zu be-

Großherzogthum Posen mit einem unbeschränkten Adel zu bilden, war also schlechterdings unmöglich. Preußens König hatte erst einen dritten und vierten Stand, einen Bürger- und Bauernstand zu schaffen, und insbesondere die slavischen Bauern zu Eigenthümern ihrer Besitzungen zu machen. Schwerlich werden sich diese beiden Stände nach jener Polverfassung zurechtfinden und ihre bürgerliche Stellung aufgeben. Dies ist an sich sonnenklar. Darum behielten sich auch die Monarchen in den gedachten Verträgen ausdrücklich vor, nach den Formen bürgerlichen Völkern Einrichtungen zu treffen, wie sie solche den veränderten Verhältnissen für angemessen erachten würden, und diesen gemäß hat Preußens König auch dem Großherzogthum Posen Einrichtungen gewährt, welche in Allem dem Sinne jener Verträge und auch dem wohlverstandenen Interesse der polnischen Bewohner entsprechen.

Der Verfasser der gegenwärtigen Bemerkungen ist selber in dem zum Großherzogthum gezogenen Negdistrikt, in dem vormaligen Großpolen, geboren, hat die letzten Phasen dieses Landes durchgelebt und kennen gelernt, aber nicht finden können, daß eine andere Verfassung uns, die Bewohner des Großherzogthums Posen, glücklicher zu machen geeignet wäre. Der sprechendste Beweis für die Angemessenheit der Einrichtungen ist das Ergebnis, daß sich alle Bewohner dort wohl befinden, was wieder Zufriedenheit erzeugt, mit Ausnahme jener wenigen, welche diese in ungerechtfertigten Neuerungen suchen. Wenn der Verfasser der Broschüre im weiteren Fortgange seiner Argumentation in dem Patent des Königs vom 15. Mai 1815 die Zuführung nationaler polnischer Einrichtungen, und hauptsächlich (głównie) der polnischen Sprache als Landesprache, als des wesentlichsten Theils der Nationalität (jako najistotniejszej części narodowości) findet, so wird diese Ansicht keineswegs darin bestätigt; denn in dem Patente wird ausdrücklich ausgesprochen, daß die polnischen Bewohner des Großherzogthums Posen der preussischen Monarchie einverleibt werden, ohne ihre Nationalität verleugnen zu dürfen, — sie sind also gleich den übrigen deutschen Bewohnern, welche ihnen in der Zahl schier gleichkommen, preussische Unterthanen, sollen also nicht einen besonderen Staat im Staate ausmachen, und die polnische Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden. Die deutsche Sprache ist hier nach der Landesprache. Für privatrechtliche Verhältnisse, um die es sich doch hier nur allein handeln kann, ist der Gebrauch der polnischen Sprache für das Großherzogthum durch das Gesetz vom 9. Februar 1817 näher noch präzisirt bestimmt, daß beide Sprachen, die deutsche und polnische, nach dem Bedürfnisse der Interessenten Geschäftsprache seien, jedoch mit der Beschränkung, daß die Korrespondenz der Gerichte mit den Behörden nur deutsch, und wenn in einem Prozesse beide Theile nur der polnischen Sprache mächtig sind, in dieser der öffentliche Vortrag, die Aufnahme der Verhandlung und Entscheidung geschehe,

bei Verschiedenheit der Sprachen der Parteien dagegen es bei der Aufnahme eines deutschen oder polnischen Nebenprotokolls nicht bedürfe, und die Leitung der Sache nach der Sprache des Klägers sich richten. Wenn aber der Kläger der deutschen und polnischen Sprache mächtig ist, nur in deutscher Sprache verhandelt, in Kriminal- und fiskalischen Sachen hingegen bei angeklagten, der polnischen Sprache allein kundigen Polen bloß die Protokolle über ihre Vernehmung in ihrer Sprache aufgenommen, die Erkenntnisse aber ohne Unterschied deutsch aufgesetzt, und in privatrechtlichen öffentlichen Verträgen und Testamenten der polnischen Bewohner soll neben der deutschen auch die polnische Sprache zum Gebrauch kommen. Nach diesen Gesetzen ist hier zu Lande denn auch seit länger als 40 Jahren verfahren worden, ohne daß die polnischen Bewohner je gegründete Erinnerungen darüber erhoben hätten, und gegenwärtig haben sie um so weniger Grund dazu, als die jetzige Generation in den 45 Jahren, seit sie wieder dem preussischen Staate inkorporirt sind (früher waren sie in Südpolen seit 1793, und die in Westpreußen — im ganzen Negdistrikt seit 1772, also in Allem bezüglich über 58 und 80 Jahre Preußen), in den allenthalben im Großherzogthum eingerichteten Schulen alle, namentlich die reklamirenden polnischen Bewohner Deutsch gelernt, des Deutschen mächtig geworden sind, was ihnen allen ohnehin unentbehrlich ist, wenn sie Universitäten und höhere Lehranstalten in Deutschland besuchen, oder dort ihren Erwerb und in Preußen selbst Anstellungen suchen. — Dies ist unumwiderrbar, denn dafür sprechen zu laut unzählige Bürger und Bauern, Kaufleute und Handwerker, Schullehrer und Geistliche, Beamte und Abgeordnete zu beiden Häusern des Landtages. Es tritt jetzt sogar schon der Fall hier ein, wo die Bestimmung des Gesetzes vom 9. Febr. 1817, welches den Gebrauch der polnischen Sprache nur nach dem Bedürfnisse vorschreibt, zur allgemeinen Anwendung kommen könnte, daß nämlich dieses Bedürfnis damit ein Ende erreicht hat, eben weil die polnischen Bewohner, namentlich die petitionirenden, der deutschen Sprache mächtig geworden sind.

Wenn zuletzt der Verfasser der Broschüre unter 4 und 5 zur Unterstützung seiner Reklamation, insbesondere der polnischen Sprache, auf einzelne Verfügungen der Minister, der Provinzialbehörden, und namentlich auf die Rechtsausführung des Reichsanwalts Lewald bei der Vertheidigung der Polen vor dem k. k. Kammergericht zu Berlin in deren Untersuchungssache des Jahres 1846 beruft und daraus erweisen will, daß die polnische Sprache mindestens in Untersuchungen wider Polen zu deren Vertheidigung durchgehends, und namentlich in der öffentlichen Verhandlung darüber vor Gerichten, besonders vor Schwurgerichten, allein anzuwenden sei; so findet diese Argumentation des Verfassers in dem Gesetze vom 9. Februar 1817 seine Widerlegung und die Rechtsansicht des Lewald keine Berücksichtigung, weil er dafür keine anerkannte Autorität ist,

beide aber ihre Nichtigkeit in dem Erkenntniß des k. k. Obertribunals zu Berlin, des obersten Gerichtshofes Preußens, vom 18. Juli d. J., welches in einer Unteruchung wider einen Polen wegen eines Verbrechens auf seine Nichtigkeitsbeschwerde, daß in seiner Unteruchung nicht durchweg die polnische Sprache, insbesondere bei deren öffentlichen Verhandlung, vom Schwurgericht angewandt wurde, erging und des Angeklagten Nichtigkeitsbeschwerde als ganz unbegründet verworfen. Der Gerichtshof wies in den Urteilsgründen überzeugend nach, daß das für das mündliche Hauptverfahren in Strafsachen wesentlich maßgebende Gesetz vom 3. Mai 1852 im Artikel 27 verordne: „Wenn ein Angeklagter, ein Zeuge oder Geschwornener der deutschen Sprache nicht mächtig ist, dann muß bei der Verhandlung ein von Amtswegen ernannter vereideter Dolmetscher zugezogen werden; hier ist also die deutsche Sprache als Gerichtssprache ausschließlich angenommen, und es bedarf zur Begründung einer Ausnahme einer besonderen Rechtfertigung; eine solche ist aber weder in den ganz allgemein gehaltenen Zusicherungen in dem Zursatz vom 15. Mai 1815 und in dem Landtagsabschiede von 1841, noch in dem generellen Satz des §. 143 der Verordnung vom 9. Februar 1817, noch weniger in dem auf die mündliche Hauptunteruchung des jetzigen Strafverfahrens gar nicht anwendbaren §. 156 daselbst zu finden. Durch dieses Erkenntniß, das fortan als Gesetzesvorschrift gilt, ist jeder Zweifel über die Anwendung der deutschen Sprache in dergleichen Fällen auf immer beseitigt.“ (Justizministerialblatt für 1860.) Es mag hierbei ganz unbemerkt bleiben, daß es den Altvordern der polnischen Bewohner West- und Südpolens bis zum Kaiser Friedrich 1807 nie einfiel, ein solches Verlangen wie das vorliegende zu stellen, und daß, als darauf das Warschauer Herzogthum eintrat, den jetzigen Bewohner wohl noch nicht vergessen sein wird, daß die polnische Staatsregierung darin gleich von vornherein verordnete, daß von nun an allein in polnischer Sprache verhandelt, jede Urkunde über Privatrecht polnisch abgefaßt und vor den Gerichten allein nur polnisch plaidirt werden solle, ohne Rücksicht auf die deutschen Bewohner selbst in den Städten Bromberg, Thorn, Elßa, Frankfurt u. s. w., wo Deutsche die Mehrzahl der Einwohner ausmachten, und daß damals nicht einmal eine deutsche Nebenverhandlung gutgeheßen ward, vereidete Dolmetscher für solche Fälle nicht da waren, und viele der zur alleinigen Aufnahme der Verträge und Testamente bestimmten polnischen Notare nicht einmal Deutsch verstanden.

Diese hier gegebene Auseinandersetzung dürfte wohl die Reklamation des unbekannten Verfassers der Broschüre als ganz unbegründet darstellen. Bromberg im November 1860. Schöpske, Justizrath und Rechtsanwalt, vorher preuß. Richter in Südpolen.

stättigen, daß die piemontesische Regierung die Verwendung einer großen Anzahl kleiner Handelsschiffe zum Kriegsgebrauch beabsichtigt. Die Emigrationsversuche junger Leute nach den revolutionirten Staaten Italiens haben beinahe gänzlich aufgehört, und der Aufruf des Comitato Veneto an die Seelente der venetianischen Küste scheint wenig Erfolg gehabt zu haben. — Die ministerielle „Donau Zeitung“ sagt: „In einigen Blättern macht sich die Mähre breit, daß über Abtretung von Venetien unterhandelt werde. Man geht so weit, das Datum einer Konferenz anzugeben, welche darüber im auswärtigen Amte zu Paris stattgefunden haben soll. Trotz dieser Einzelheiten ist die ganze Angabe rein aus der Luft gegriffen. Die Nachricht ist nicht nur unwahr, sondern auch ungeschickt erfunden: Diejenigen kennen Oesterreich schlecht, welche sich einbilden, daß es jemals um sein gutes Recht markten werde.“ — In der vorgestrigen Sitzung des Vaudirektoriums wurde die Mittheilung gemacht, daß zur Deckung allfälliger Bedürfnisse der Staat kein Papiergeld emittiren würde.

— [Zustände in Ungarn.] Was man vorausgesehen hat, ist nur zu bald eingetroffen. Als die Jügel der Regierung in Ungarn den deutschen Beamten abgenommen wurden, war leicht vorherzusehen, daß die Steuerzahlung auf große Schwierigkeiten stoßen wird und das Land einer förmlichen Anarchie anheimfallen muß. Ungarn hat von jeher die Freiheit und das Glück im Nicht-zahlen gefunden, und die Autonomie der Municipalitäten bestand in der Resistenz jedes einzelnen Edelmannes gegen die Anordnungen der Hofkanzlei, der Statthalterei und der Komitatsbehörden. Alle die oppositionellen Elemente, während bis zum Uebermaaß, gelangen nun zur Herrschaft, und Erseße sind unausbleiblich. Ein Telegramm meldete der Regierung, daß in Debreczin das Militär einschreiten mußte. Wir betrachten dies kaum als den Anfang eines Vorspiels. Wenn die Obergespanne erst vollständig die Gerichtsbarkeit der Komitate in die Hände magyarischer Beamten gelegt haben und die Habeas-corpus-Akte zur Wahrheit wird, dann wird das ganze Ungarn täglich solche Erseße zu verzeichnen haben. Das liegt im Blute. Keine Restauration und keine Kongregation im Komitate ohne Erseße. Wir legen diesen Ausschreitungen keine Bedeutung bei, sie gehören zur Nationalität, zum Uus, zum Temperament; allein sie sind einer ruhigen Entwicklung der Dinge gewiß nicht förderlich. Die ungarischen Magnaten am Sitz der Regierung werden bald dieselben militärischen Kräfte zum Sulkurs requiriren müssen, wie die Deutschen; ob es ihnen besser gelingen wird, die brausenden Köpfe auf den Weg parlamentarischer Debatte zu führen, statt auf der Straße und in den Kaffeehäusern Politik zu treiben, bleibe der nächsten Zukunft überlassen. (N. 3.)

— [Abberufung des Frhrn. v. Bach aus Rom.] In Bestätigung einer früheren Nachricht schreibt man der „B.Z.“: Die Abberufung Bach's von dem Botschafterposten in Rom ist definitiv beschlossen, nur wird sie in die milde Form einer Abberufung „auf sein Ansuchen“ gekleidet werden. Die Maßregel ist der Vorbote und der allerdings unerläßliche Vorläufer einer Revision des Konkordats, die im Prinzip ebenfalls bereits als notwendig erkannt worden.

Prag, 30. Nov. [Tschechisches Treiben.] Seit der mit dem kaiserlichen Diplom vom 20. Oktober gestatteten freieren Bewegung sind unsere Tschechen wieder wie früher gar fleißig daran, die nationalen Demonstrationen der Ungarn zu kopiren. Als Vorspiel wurde die Allerheiligenfeier benutzt, um die von versteckten Führern geleiteten slawischen Studenten zum massenhaften Zuge auf den Gottesacker und zu Ovationen an den Gräbern ihrer politischen Zelebritäten zu veranlassen. Das dabei vorgekommene Reden und Verhalten würde auch in jedem andern Staate die Intervention der zur Aufrechterhaltung geordneter Zustände Berufenen zur Folge gehabt haben, und man hat daher mit Unrecht die Behörde getadelt, daß sie gegen Anführer jener Demonstration einschritt. Nicht minder nothgedrungen wird jedem Unbefangenen das Einschreiten gegen die tschechische Zeitung „Glas“ erscheinen, wenn man erfährt, daß dieses Blatt den Jahrestag der Schlacht am weißen Berge feierte durch aufreizende Lamentos darüber, daß an jenem Tage der Sieg nicht auf Seite der rebellischen Tschechen war, dabei gänzlich ignorirend, daß die Dynastie, welche damals ihr Gebiet von der Empörung befreite, heute noch im rechtmäßigen Besitz des Königreichs Böhmen ist. Für den Jahrestag der Schillerfeier wurde der fünfzigjährige Geburtstag eines gewissermaßen ad hoc erst ausgegrabenen Heros in Scene gesetzt, indem man einem im Jahre 1838 verstorbenen jungen Dichter Nacha-

von dessen Werken früher fast gar nichts zu hören war, mit unverkennbarer Ostentation Feiern veranstaltete. Ueberhaupt wird, wie in Ungarn bei Beginn der Bewegung, damit ein verwerfliches Spiel getrieben, daß man kirchliche Veranstaltungen in die Arena von Nationalitäts-Demonstrationen herabzieht, und da es bei uns an einem um das wirkliche Landeswohl verdienten Schempi fehlt, so setzt man sich für erkünstelte Größen in Enthusiasmus, den verstorbenen Jungmann auf Piedestal hehend für das von ihm verfaßte tschechische Verkon! Und während dieses Parteitreiben, trotz aller innern Hohlheit, die Massen blendet und ein Ferment in Thätigkeit setzt, das gegen die besten Absichten der Regierung und gegen die Bestrebungen deutscher Wissenschaft und Kultur gerichtet, selbst den konfessionellen Frieden zu stören sucht, geschieht von Seite der Deutschen gar nichts, um durch festes Zusammenscharen ein Gegengewicht zu bilden, gleichsam als hätten sie gar keine bedrohten Interessen zu wahren. Angesichts der neuen Institutionen, der damit verbundenen Aufgaben des öffentlichen Lebens und der politischen Wirksamkeit, ist es wahrlich hohe Zeit für die Deutschen in Böhmen, von den Gegnern zu lernen, um durch feste Organisation und enges Aneinanderschließen den kommenden Ereignissen gewachsen zu sein. (N. P. 3.)

Preßburg, 28. Nov. [Aufregung.] Der „Ost. P.“ wird von hier geschrieben: Seit Sonntag herrscht hier ein Leben und Treiben, wie ich es in Wien kaum im Jahre 1848 gesehen habe. Der landwirtschaftliche Verein hat sich hier versammelt, viele Tausende Ungarn sind herbeigeströmt; doch ist in den Sitzungen des Komitatshauses von Landwirtschaft wenig die Rede; es handelt sich um Politisches. Graf Jichy sen. hat die Herrschaft Magendorf dem Vereine geschenkt, um dort eine Musterwirtschaft zu errichten. Schaaren von vielen Hunderten durchziehen Tag und Nacht die Straßen, Szogats singend, mit zahllosem Elfen begleitet; Alles entblößt das Haupt vor diesen Zügen; die Hauptwache ist bedeutend verstärkt; ich glaube aber, es wird die Woche ruhig vorübergehen, wenn man nicht taktlos Gewalt entgegenstellt.

Bayern. München, 27. Nov. [Unfall.] Vorgestern Abend hatte Frau v. Dven (Charlotte v. Hagn) das Unglück, beim Herausgehen aus dem Theater zu fallen und einen Arm zu brechen.

Sachsen. Dresden, 1. Dez. [Landtag; vom Hofe.] In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer zeigte der Abgeordnete Riedel an, es habe sich in Dresden ein Komitee zur Unterstützung der bedrängten Schleswig-Holsteiner gebildet; er bitte daher, daß in der Kammer ein Bogen zur Unterzeichnung Seitens der Abgeordneten ausgelegt werde. Der Abgeordnete Jungnickel begründete dann seinen Antrag auf Genehmigung der Einbringung der mittelst königl. Dekrets vom 3. November 1849 den damaligen Kammern vorgelegten Gesetzentwürfe: 1) die Abänderung der Verfassungs-Urkunde, und 2) die Wahlen der Landtags-Abgeordneten betreffend. Der Antrag wurde der 3. Deputation überwiesen. — Nach dem neuesten Bulletin über das Befinden der Kronprinzessin befindet sich dieselbe in der Besserung. Fieber und Husten haben abgenommen, das Exanthem ist im Verbleichen.

Baden. Karlsruhe, 30. Nov. [Eidesabnahme.] Durch Verfügung des Justizministeriums vom 8. d. M. waren alle durch Ministerialerlaß bei Amtsgerichten und Bestätigungsstellen angestellten Referendare allgemein zur Abnahme von Eiden und Handgelenken ermächtigt worden. Wie das „Fr. F.“ vernimmt, sind nun vor wenigen Tagen durch ministerielles Zirkularschreiben die jüdischen Referendare von dieser allgemeinen Ermächtigung ausgeschlossen worden.

Hessen. Kassel, 30. Nov. [Eröffnung des Landtags.] Bei dem Gottesdienst, welcher gestern vor Eröffnung des Landtages in der Hof- und Garnisonkirche stattfand, hielt Pfarrer Reimann die Predigt. Er hatte Matth. 22, 15—22 zum Text gewählt und sprach über Heuchler und Heuchelei, und wie diese Heuchelei dahin führe, das Volk in Aufruhr und Revolution zu versetzen. Er hielt den Ständen die Zustände Italiens vor und klagte, daß man jetzt damit umgehe, ähnliche auch in unserem engeren Vaterlande hervorzurufen! Männer, die ihrem eigenen Hause und ihrer Familie nicht vorzustehen und zu ordnen verständen, bildeten sich ein, daß sie ein ganzes Staatswesen anders gestalten könnten. Betrachte man alle die, welche jetzt nach der Verfassung von 1831 schreien, so werde man bei genauerer Prüfung finden, daß sie den Unterschied zwischen der von 1860 und der von 1831 nicht kennen, nur dem Egoismus huldigten und für sich Vortheile aus der Agi-

tation ziehen wollten. Man solle nur die Leute ansehen, die vor 10 bis 12 Jahren auch ihre Stimme laut als Staatenverbesserer hätten ertönen lassen, wo sie geblieben wären? Sie wären alle wie Spreu vor dem Winde zerflogen, weil sie auch nur der egoistischen Heuchelei gehuldigt, sich auch der Obrigkeit nicht hätten fügen wollen und ihr ganzes Streben dahin gerichtet hätten, der Regierung Verlegenheiten über Verlegenheiten zu bereiten, bis ihrem Treiben ein Ende gemacht worden sei. Dieses Thema entwickelte der geistliche Redner sehr ausführlich in einem dreiviertelstündigen Vortrage. Im Ständehause selbst waren die Tribünen überfüllt und genügten nicht, die Zuhörer alle aufzunehmen. Seit den Jahren 1848 bis 1850 haben wir einen solchen Andrang des gesamten Bürgerstandes zum Ständehause nicht wieder gesehen. Die Spannung in der Bevölkerung ist groß. Der Eröffnungsfeier wohnten alle Minister und die Referenten der Ministerien bei, mit Ausnahme des Vorstandes des Finanzministeriums, Staatsrath Robbe, Nachdem der Minister Bolmar die Eröffnungsrede verlesen hatte, schritt derselbe zur Beeidigung der Mitglieder beider Kammern und erklärte hierauf, von dem Landesherrn beauftragt zu sein, die Stände der Huld und Gnade Sr. königl. Hoheit zu versichern. Nachdem der Minister und die Mitglieder der Ersten Kammer den Saal verlassen hatten, nahmen die Mitglieder der Zweiten Kammer ihre Plätze ein. Präsident Rebellhau redete hierauf die Versammlung folgendermaßen an:

„Meine hochzuverehrenden Herren! Sie haben mich mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Majorität zu Ihrem Vorsitzenden gewählt; ich fühle mich gedrungen, Ihnen hierfür auch öffentlich meinen Dank zu wiederholen. Ihnen gleichzeitig aber auch den Standpunkt mitzutheilen, von welchem aus ich dieses Amt zu bekleiden gedenke. Der Präsident muß nach meinem Dafürhalten eine zurückhaltende Stellung einnehmen und darf sich nicht in die Diskussion zu sehr einmischen und darauf einwirken. Er darf als solcher keine Partei nehmen und bei der Abstimmung nur seine Stimme zufügen oder den Ausschlag geben. Es wird aber erforderlich sein, Ihnen von vorn herein zu sagen, welchen Standpunkt ich in der großen Frage einnehmen werde, die uns hauptsächlich beschäftigen wird, und damit will ich auch in diesem feierlichen Augenblick nicht zurückhalten. Ich werde mich streng an der Annahme halten, daß die Verfassung von 1831 fortwährend Rechtsgültigkeit habe, und daß wir genöthigt sind, Schritt vor Schritt stets dieses vor Augen zu haben. Unsere Lage ist allerdings dadurch eine ganz eigenthümliche, indem wir bei einer jeden Handlung, die wir vornehmen, eine Rechtsmaßregel eintreten lassen müssen. Das Land hat uns unter Protest gewählt, unter Protest haben wir unsere Funktion angetreten, unter Protest haben wir die Präsidenten gewählt, und unter Protest haben wir den soeben geleisteten Eid geschworen, indem von mir, dem Herrn Vizepräsidenten und 37 Mitgliedern dieser hohen Kammer vor dem Minister ein solcher Protest zu gefertigt wurde, damit man aus dieser Handlung nicht einen Verzicht auf die Verfassung von 1831 erblicke und so nach keiner Seite hin eine Täuschung eintrete. Meine Herren, diese Lage ist eine künftliche, die wir so bald als möglich verlassen müssen, um von dem Boden uns zu entfernen, auf dem wir nur immer durch Rechtsverwahrungen und Kantelen stehen.“

Nachdem der Präsident dann der Versammlung von dem Eingang der Vollmachten der Landtagskommissare Kenntniß gegeben, war die öffentliche Sitzung geschlossen, und die Versammlung ging zu einer vertraulichen über, in welcher dem Vernehmen nach Vizepräsident Abgeordneter Ziegler, wie bereits in Nr. 282 telegraphisch gemeldet wurde, einen selbständigen Antrag stellte und begründete, dahin gehend: „Die hohe Versammlung wolle zunächst eine allerunterthänigste Adresse an Se. königl. H. den Kurfürsten beschließen, in welcher die Gefinnungen und Wünsche des Landes offen dargelegt und Allerhöchstdieselben gebeten werden, daß bis ins Jahr 1850 in anerkannter Wirksamkeit bestandene Verfassungsrecht des Kurstaates wiederherzustellen, und daran etwa vorgunehmende Abänderungen mit der auf Grund dieses Verfassungsrechtes alsbald zu berufenden Landesvertretung vereinbaren zu lassen.“ Die Begründung dieses Antrages soll im Wesentlichen darauf hinausgehen, daß die seit 1850 in Kurhessen (auf Grund von Bundesbeschlüssen) vorgenommenen Verfassungsänderungen nicht zu Recht beständen, weil dabei der Art. 56 der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820 nicht beobachtet worden sei. Die Inbetrachtung des Antrages wurde vom anwesenden zweiten Landtagskommissar, Unterstaatsprokurator Spohr, aufs Entschiedenste bekämpft, weil die Versammlung durch die beantragte Behandlung der Verfassungsfrage ihre Befugniß überschreite, weil Bitten, wie die beantragte, den vorliegenden Bundesbeschlüssen gegenüber unstatthaft und verspätet, und weil die aus Art. 56 der Wiener Schlussakte geschöpfte Voraussetzung eine irrige sei, indem dieser Artikel für die, die kurhessische Verfassungsangelegenheit regelnden Bundesbeschlüsse keine rechtliche Schranken bildete, darauf überall keine Anwendung litt. Es erfolgte jedoch die Inbetrachtung des Antrages, wie es heißt, mit 39 gegen 6 Stimmen und die Erwählung eines Ausschusses zur Begutachtung desselben von 12 Mitgliedern.

General-Bericht

über die diesjährige Hopfen-Ernte um Neutomysl.

Die Hopfenanlagen um Neutomysl, die einzigen in Preußen von solchem bedeutenden Umfange, sind in diesem Jahre um mehrere Hundert Morgen vergrößert worden und steht deren abnormale Vergrößerung zum nächsten Frühjahr bevor, so daß dann über 6000 Morgen mit Hopfen bepflanzt sein dürften. Sowohl die neueren als älteren Anlagen hatten, wie dies auch fast bei allen Hopfenanpflanzungen des Auslandes der Fall war, in Folge der ungünstigen Witterungsverhältnisse, namentlich in Folge allzu öfteren und starken Regens, sich keines regelrechten Fortganges zu erfreuen. Mannichfache der Hopfenpflanze eigene Krankheiten haben dieselbe heimgesucht und manchen Anlagen mehr oder weniger geschadet. Im Juli boten die Hopfenanpflanzungen, oberflächlich angesehen, einen erfreulichen Anblick; bei näherer Betrachtung zeigte sich jedoch bereits der Einfluß des gefallenen Nebelhaues. Die Blätter des Hopfens wurden in vielen Anlagen an ihrer Oberfläche glänzend. Diese Krankheit artete rasch bis zum schwarzen Brand aus. Gewitter und warmer Regen, die besten Mittel zur Vertreibung dieser Krankheiten, blieben leider aus. Gegen Ende Juli war die Krankheit bereits so weit vorgeschritten, daß die lebenden Blattläufer die Rückseiten der Blätter förmlich bedeckten; bei warmem Wetter gingen dieselben selbst die feinen Ranten und oberen Schößlinge hinauf; die großen Hopfenblätter fingen an zusammenzuschrumpfen und der Honigthau, welcher sich bildete, zog verschiedene Liegenartungen nach sich. Bemerkenswerth war jedoch, daß die diesjährigen Anlagen, welche als Zwischenfrucht Kartoffeln hatten, von diesen Krankheiten nur im geringeren Maße oder gar nicht befallen waren. Berichterstatter schreibt diese Erscheinung der Aussäufung des Kartoffelkrautes zu. In solchem traurigen Zustande waren die Hopfenanlagen, der einzige Erwerbszweig einer Bevölkerung von mehr denn 10,000 Seelen, bis Ende Juli. Dem erfahrenen Hopfenbauer sind jedoch dergleichen Erscheinungen, so traurig sie auch sind, nicht entzweigend, indem der Monat August gewöhnlich erst den Ausfall giebt. Die besten Aussichten für die Hopfenanlagen werden in diesem Monat, wo die Entwicklung der Blüthen vorwärts geht, oft getrübt, während die aufsteigende oder wirklich im hohen Grade afficirten Hopfenanlagen sich in demselben oft in erfreulicher Weise erholen. Ende Juli hat ein starker Gewitterregen den Reimungsprozeß des Hopfens vom Ungeheuer sehr befördert, so daß nur noch wenige Anlagen in einem trankhaften Zustande verblieben. Die meisten Pflanzungen zeigten bald an den Spigen ein kräftiges Grün und einen guten Dolbenanfang. Im August haben Regenauer und der dieselben begleitende Wind durch Abstreifen der Blüthen mannichfachen Schaden verursacht; auch trat die eigenthümliche Erscheinung ein, daß selbst bei kräftigen und gut

aufgekommenen Hopfenpflanzen kein gleichmäßiger Blüthenanfang vorhanden war. Man sah neben noch zur Blüthe kommenden Knospen bereits ausgebildete kleine Köpfe.

Trotz diesen vielfachen Schwankungen hat jedoch die diesjährige Ernte den günstigen Ertrag einer Dreiviertel-Ernte gewährt. Es sind circa 20,000 Zentner eingebracht, und zwar eines Produkts, welches sich durch Zupulverreichtum, Aroma und Dolbenbau vor den Produkten des Auslandes auszeichnet. Auch bezüglich der Quantität ist die Ernte des Auslandes, mit Ausnahme Amerika's, welches eine Dreiviertel-Ernte hatte, als eine viel ungünstigere zu bezeichnen. England, welches sonst bei einer vollen Ernte im Stande ist, den ganzen Hopfenbedarf des Kontinents zu decken, hatte in diesem Jahre nur eine Viertel-Ernte, ebenso Frankreich und Belgien; Böhmen hatte eine Drittel-, Bayern eine kleine halbe Ernte. Berichterstatter glaubt es in seiner vielfältigen Thätigkeit für den Hopfenbau um Neutomysl als eine seiner erfreulichsten Erfahrungen bezeichnen zu können, daß die Gegend um Neutomysl niemals so ungünstige Ernterestultate gehabt hat, als das Ausland, und daß totale Mißernten dort niemals stattgefunden haben; er hält sich hiernach zu der Annahme berechtigt, daß die klimatischen und Bodenverhältnisse dieser Gegend, wie überhaupt Preußens, für den Hopfenbau günstig sind, und daß die Kultur desselben durch Einführung der richtigen Beschir, durch eine richtige Bearbeitung und anpassende Unterstützung bereits in Neutomysl sich zu einer Höhe emporgeschwungen hat, welche diesem Produkt selbst die Konkurrenz mit den besten Produkten des Auslandes möglich macht. Aber auch der Umfang des Hopfenbaues in Preußen könnte dem des Auslandes gleichkommen, wenn ihm die richtige Unterstützung zu Theil werden möchte. Für die Güte des Produkts spricht der Umstand, daß dasselbe seinen Abzug nach allen Ländern des Kontinents und auch nach England findet, und daß demselben, so wie den vielfältigen Bemühungen des Berichterstatters für die Förderung dieses Kulturzweiges und des umfangreichen Anbaues allein in den letzten fünf Jahren folgende öffentliche Anerkennungen zu Theil wurden: Das Diplom Sr. Kaiserl. Hoheit des Prinzen Napoleon Bonaparte bei Gelegenheit der Weltausstellungen zu Paris. Die goldene Medaille erster Klasse der Nationalakademie für Alterbau zu Paris. Die Medaille zweiter Klasse des kaiserl. Altmatritationsvereins zu Paris. Die Medaille der Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe in Koburg. Die Medaille der Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe in Braunschweig. Die große silberne Medaille der Pommerischen ökonomischen Gesellschaft zu Stettin. Die silberne Medaille des königl. preuß. landwirthsch. Ministeriums bei Gelegenheit der landwirthsch. Ausstellung zu Posen. Die silberne Medaille bei Gelegenheit der Ausstellung in Greifswald. Das Diplom erster Klasse für vorzügliche Leistungen bei Gelegenheit der Gewerbeausstellung in Danzig. Diplom als ehrende Anerkennung

des landwirthsch. Vereins zu Aachen, Dergleichen der landwirthsch. Vereine der Kreise Bitterfeld und Delitzsch. Dergleichen der Gesellschaft der Gartenfreunde Berlins. Ehrenvolle Anerkennungen des landwirthsch. Vereins zu Gotha. Dergleichen der märkisch-ökonomischen Gesellschaft zu Potsdam. Dergleichen des Stettiner landwirthsch. Vereins. Das Ehren Diplom erster Klasse bei Gelegenheit der Ausstellung der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Stiftung für Landwirth. Die große silberne Medaille bei Gelegenheit der fünfzigjährigen Jubelfeier der Pommerischen ökonomischen Gesellschaft zu Köslin und noch viele andere ehrenvolle Anerkennungen des In- und Auslandes.

Die beste Anerkennung für den Neutomysler Hopfen sind jedoch die für denselben erzielten Preise. Bald nach der Ernte wurde der Hopfen in Neutomysl mit 45 Thlrn. pro Ztr. ausgeboten, da die Produzenten die ungünstigen Ernterestultate des Auslandes noch nicht kannten, und das Ausland von den Ernterestultaten um Neutomysl noch nicht unterrichtet war. Zwei Tage darauf stieg derselbe jedoch auf 60, dann 90, 100 und so binnen 14 Tagen auf 160 Thlr., geschriebe einhundertfünfzig Thaler pro Zentner und fand zu diesem Preise seinen Abzug nach Bayern, Böhmen, Frankreich und England. Nehmen wir den Durchschnittspreis nur auf 110 Thlr. pro Ztr. an, so hat die diesjährige Hopfen-ernte um Neutomysl einen Brutto Ertrag von 2,200,000 Thalern geliefert. Berichterstatter kann hierbei nicht umhin, einen Fall mitzutheilen, welcher geeignet ist, den wohlverdienten Ruf des Neutomysler Hopfens zu untergraben. Ein Hopfenhändler kaufte 15 Meilen von Neutomysl entfernt 30 Ztr. Hopfen schlechter Gattung für den Preis von 25 Thlrn. pro Ztr., mischte dort denselben mit 300 Ztrn. Neutomysler Hopfen, und da zu jener Zeit der Preis des letzteren 150 Thlr. war, so stellte sich ihm die Mischung um 3750 Thlr. billiger. Mögen die Herren Konsumenten hieraus Veranlassung nehmen, ihren Hopfen direkt aus Neutomysl zu beziehen. Berichterstatter ist viel früher gern bereit, Aufträge entgegenzunehmen, um dieselben, ohne für sich einen pekuniären Vortheil zu beanspruchen, denjenigen Neutomysler Produzenten zu überweisen, von denen er überzeugt ist, daß sie sich im Hopfenbau Mühe geben und ein gutes Produkt erzielen. Schließlich bemerke ich, daß ich die vielfachen Anfragen des In- und Auslandes wegen Einrichtung neuer Hopfenanlagen unmöglich alle beantworten kann. Ich verweise deshalb auf eine diesen Gegenstand betreffende Schrift, welche binnen Kurzem in deutscher und polnischer Sprache erscheinen wird.

Berlin, im November 1860.

Jos. Jac. Glau.

Großbritannien und Irland.

London, 29. Nov. [Ueber die Ernennung des Grafen Flahault zum Gesandten in London sagt die „Morning Post“: „Es giebt öffentliche Charaktere in Frankreich, die in den letzten 7 oder 8 Jahren bessere Höslinge als Rathgeber waren, aber zu diesem Geschlechte gehört Graf Flahault nicht, denn die Aufrichtigkeit ist seiner Natur Bedürfnis. Das Haupt der französischen Exekutive hat weise gehandelt, zu seinem neuen Gesandten am Hofe von St. James einen Mann anderer Zeiten, einen Gentleman, einen Krieger und Weltmann, der dabei doch Patriot und Mann von Ehre ist, zu wählen. Von frühester Jugend an hat sich Herr v. Flahault in den besten Kreisen unserer Gesellschaft bewegt; und in den Tagen von Pitt, Fox, Granville, Grey, Windham, Sheridan und der schönen Herzogin von Devonshire lernte er unser soziales und bürgerliches System würdigen und den Werth unserer politischen Einrichtungen schätzen. Seit dem Jahre 1848 blieb Graf Flahault ohne Amt, obgleich nicht ohne Einfluß. In schwierigen Zeiten und über dornige Fragen holten sich die Staatsmänner auf beiden Seiten des Kanals bei ihm Rath; seine Mäßigung, sein gesunder Verstand und versöhnlicher Ton haben manche wirkliche oder scheinbare Schwierigkeit hinweggeglättet. Ein mit den Interessen beider Länder so durch und durch vertrauter und zugleich so wohlwollender Mann ist recht geeignet, den Gesandtenposten zu bekleiden. Durch seine Frau ist er mit der Familie des Lord Lansdowne und durch Freundschaft mit den hervorragendsten Männern aller politischen Parteien verbunden. In seinen politischen Ansichten jedoch ist Graf Flahault entschieden liberal. Aus diesem Grunde ist seine Ernennung von doppelter Bedeutung; sie ist ein Zeichen, daß bessere Zeichen für Frankreich, Europa und der Welt im Anzuge sind.“ (In ähnlich zuvorkommender Weise spricht sich die „Times“ aus. D. Red.)

[Tagesnotizen.] Die Kaiserin der Franzosen brachte den vorgestrichenen Tag in Glasgow zu und empfing eine Adresse der Stadtbehörden. Sie reiste am Abend über Glasgow weiter gen Balloch, von wo sie Ausflüge nach Loch Lomond, Loch Katrine u. s. w. zu unternehmen beabsichtigt. — Der portugiesische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Lavradio, hat im Auftrage seines Königs an die Wittve des Admirals Sir Charles Napier ein Beileidschreiben wegen des Todes ihres Gemahls gerichtet (er war in Portugal Graf v. Cape St. Vincent) und ihr angefügt, daß die portugiesische Kriegsflotte um ihn dreitägige Trauer angelegt hat. — Seit gestern wird die neue Bronzemünze ausgegeben, die bestimmt ist, die schweren Kupfermünzen zu ersetzen. Es sind gefällig geprägte Stücke, die um $\frac{1}{2}$ kleiner und um die Hälfte leichter als die alten Kupfermünzen sind: Penny, Halbpenny und Viertelpennystücke. — Zu Glasgow in Schottland werden Unterschriften zu einer Monstre-Petition an den Lord Provost (Bürgermeister) gesammelt, die ihn beschwört, das demokratisirende Rauchen auf der Gasse zu verbieten. Für Schottland gilt auch die Wassengasse, die am Sonntag alle Wirtshäuser den ganzen Tag (nicht wie in England den größeren Theil des Tages) geschlossen hält, und doch wird der Sabbath nirgendwo mit so zahllosen Schnapsbibelationen begangen, nirgendwo tritt die Betrunketheit abstoßender auf, als in Schottland. Auch in einem anderen Punkte verläugnet der Puritanismus in Schottland seine Natur nicht. Nach den neuesten Ausweisen des Registrar-General ist die Zahl der unehelichen Geburten in Schottland durchschnittlich eben so groß, wie die der ehelichen. — Der große Dreimaster „China“ ist am 6. Nov. mit seiner Baumwoll-Ladung auf dem Wege von Neworleans nach Liverpool ein Raub der Flammen geworden. Die ganze Schiffsmannschaft wurde von einem anderen Schiffe gerettet. — Aus Malta erfährt man, daß der Gouverneur von Gibraltar, Generalleutnant W. Codrington, daselbst an Bord des englischen Kriegsdampfers „Megera“ angekommen ist und wichtige Verhandlungen mit dem Gouverneur von Malta gepflogen hat. Auf demselben Dampfer befanden sich auch der Oberst Clington und ein Detachement englischer Pioniere. — Der „Dane“ hat Berichte aus der Hauptstadt vom 22. Oktober gebracht. Der Generalgouverneur macht eine Inspektionsreise nach dem Raffernland und nach Natal. Dort sowohl wie am Kap trifft man Vorbereitungen, um die Londoner Ausstellung im Jahre 1862 zu besuchen. Die Arbeitslöhne sind gefallen, während Brot- und Fleischpreise angezogen haben. Das Geschäft im Allgemeinen hat sich gehoben, dagegen klagen die Weinbauern, theils weil sich die Traubenkrankheit zeigt, theils von wegen des englisch-französischen Handelsvertrags. Vom 1. Januar angefangen ist holländisches Maß und Gewicht nicht weiter legal.

[Garibaldi und Mazzini.] Lord Robert Montagu, Unterhausmitglied für Huntingdon und einer der entschiedensten Anhänger Lord Derby's (er ist der zweitgeborene Sohn des Herzogs von Manchester), bemerkte in einer Zuschrift an die „Times“, daß es eine Inkonsequenz sei, zwischen Garibaldi und Mazzini unterscheiden zu wollen (wie die „Times“ regelmäßig thut), indem der einzige Unterschied zwischen dem Treiben dieser beiden Männer im Erfolg bestehe. Der gefeierte Ex-Diktator befinde sich eben so gut wie der desavouirte Verschwörer im Kampf gegen alles göttliche und monarchische Recht, sei ein Aufrechter und räuberischer Abenteurer, und kein rechtliebender Politiker dürfe seinen Thaten Beifall schenken oder seinen Bestrebungen Glück wünschen. „Daily News“ will in diesen Neußerungen eine Art von Manifest der ganzen Torypartei erblicken, speziell aber denunziert dieses Blatt den Verfasser seinen Wählern als einen Fürsprecher der Tyrannei und Knechtschaft.

London, 30. Nov. [Ueber die Reformen in Frankreich.] Schreibt heute die „Times“: „Offenbar sollen zwei verschiedene Systeme Hand in Hand mit einander gehen, nämlich das kaiserliche mit seinen Ministern, die dem Kaiser nur allein verantwortlich sind und mit einer bloß durch seinen Willen begrenzten Macht bekleidet sind, und das parlamentarische System mit Ministern, die überhaupt gar keine Macht haben, aber, nominell wenigstens, einer halb und halb volksthümlichen Körperschaft verantwortlich sind. Es ist das eine Erfindung, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der Theorie Berkeley's, Hume's und anderer Metaphysiker hat, welche dem Geiste jede Berührung mit der Außenwelt außer durch Vermittelung der von ihnen vertretenen Ideen absperrten. Das Resultat war eine unselige Scheidung zwischen Geist und Materie, und möglicherweise stellt dieses System eines doppelten Ministeriums in praxi eine eben so weite Kluft zwischen dem Geiste dar, welcher in der französischen Regierung waltet, und den im Volke herrschenden Meinungen, mit welchen es nur auf mittelbarem und künstlichem Wege in Berührung gebracht werden kann.“

Frankreich.

Paris, 29. Nov. [Der gesetzgebende Körper.] Die Frage wegen der Auflösung des gesetzgebenden Körpers steht jetzt voran auf der Tagesordnung. Die Mehrzahl der Minister ist der Auflösung günstig, nur Herr v. Morny soll sich gegen diese Maßregel erklärt haben. Letzterer folgt wohl hierbei mehr äußern Eindrücken, als einem kaltsblütigen Raisonnement. Die Ultramontanen und Legitimisten drängen zur Auflösung und da diese Herren bekanntlich nicht die Freunde der Regierung sind, so fürchten einzelne dem Throne nahestehende Personen, daß allgemeine Wahlen in diesem Augenblicke eine dem Kaiser feindliche Majorität in die Kammer führen möchte. Der Kaiser wird sich jedenfalls wohl selbst

über die Folgen seiner liberalen Konfessionen klar geworden sein. Hätte es ihm gefallen, nach wie vor dieselbe farblose Kammer vor sich zu sehen, so würde er wohl Alles beim Alten gelassen haben. Eine Versammlung von politischen Männern vor sich zu sehen, die mit dem Kaiser die Verantwortlichkeit theilen, das war der Gedanke, der den Kaiser geleitet hat. (N. Z.)

[Tagesnotizen.] Die neuen gepanzerten Fregatten werden ohne weiteren Aufschub in Arbeit genommen, und da ein Vorrath der Eisenplatten zur Verwendung bei derlei Schiffen sich im Arsenal befindet, so steht zu erwarten, daß man diese Fregatten nächsten Frühling wird vom Stapel lassen können. — Nebst der Vergrößerung der Linienregimenter soll die Vermehrung der Jägerbataillone um je 200 Mann erfolgen, so daß ein Jägerbataillon aus 1000 statt, wie bis jetzt, aus 800 Mann bestehen würde. — Am Tage vor seiner Abreise nach Compiègne hat der Kaiser einer Sitzung der Bertheidigungskommission präsidirt und bei dieser Gelegenheit den Arbeiten zur Befestigung der Küsten neuen Anstoß gegeben. — Die Ernennung des Herrn Forcade zum Finanzminister wird dahin ausgelegt, daß der Kaiser von dem Gedanken, eine Anleihe zu machen, abgekommen sei, und daß man das Defizit vom Jahre 1860 durch neue Steuern zu decken suchen werde. Aus den Neußerungen mehrerer Mitglieder des gesetzgebenden Körpers ist zu ersehen, daß die Opposition in der Kammer keinen politischen, sondern einen finanziellen Charakter annehmen wird. — Dem Vernehmen nach hatte der Erzbischof von Paris, Kardinal Morlot, seine Entlassung als Mitglied des Geheimenrathes gegeben. — Während der Adventszeit sind die vorzüglichsten Kanzelredner von Paris aus nach den Hauptstädten des Kaiserreichs gelangt worden. In Paris sind seit Jahren die Adventspredigten nicht so besucht gewesen, wie in diesem. — Zur Inauguration der neuen Verwaltung der Pariser komischen Oper sollte am 28. Nov. die neue komische Oper von J. Offenbach, Text von Scribe, gegeben werden, wurde aber auf Befehl des Staatsministers auf Sonnabend ausgesetzt, weil der Kaiser dieser ersten Aufführung beiwohnen will. Die Pariser Journale sind voll des Lobes der originellen Komposition, deren Generalprobe schon vor einem ausgefuchten Kreise von Komponisten und Journalisten stattgehabt hat.

[Beschwerden gegen den Seinepräfecten.] Die Ansprüche des Seinepräfecten Hausmann, welche ganze Abtheilungen der Polizeipräfectur desorganisiert haben, bringen unter jenem zahlreichen Theile der Pariser Einwohner, die von Marktgeschäften leben, eine solche Aufregung hervor, daß nach den Tuilerien wahre Petitionswellen abgegangen sind. Sie haben auf den Kaiser bedeutenden Einfluß ausgeübt, und es wird auf die Beschwerden jener Verfolger des Pariser Chmarktes große Rücksicht genommen werden. Man schätzt die Anzahl der hier interessirten Personen auf 150,000, worunter vielleicht 70—80,000 Wähler, die man bei späterer Gelegenheit in feindlichem Lager wiederfinden könnte. Trotz dessen ist aber doch von der Erlegung des Polizeipräfecten die Rede. Ich glaube, daß man Herrn Voittelle ungern scheiden sehen würde, denn seit langer Zeit hat Paris keinen Präfecten gehabt, der sein Amt mit soviel Mäßigung versehen hätte. Wir denken immer noch mit Schauern an die Cartier'sche Zeit zurück, vor deren Rückkehr uns Gott bewahren möge. (N. Z.)

[Der Rücktritt Fould's; Algerien; Berufung des Kardinals Sforza nach Neapel.] Der Rückzug des Herrn Fould ist von der ganzen Künstlerwelt, Malern, Bildhauern, Schauspielern, Musikern und ebenso von den Schriftstellern mit der größten Befriedigung aufgenommen worden. Die Künste und die Literatur befanden sich unter der Leitung des Ministers, der ihnen die wenigste Theilnahme, um nicht zu sagen die meiste Feindseligkeit zeigte. Der Graf von Neuwackerle und die ganze Direction der schönen Künste sind so glücklich über diesen Rückzug, daß sie ein großes Diner veranstaltet haben, um dieses Ereignis zu feiern. — Was die Reorganisation von Algerien betrifft, so hört man, daß der Herzog von Malakoff volle Gewalt verlangt, wozu man sich nicht entschließen will, indem von einer anderen Seite die administrativen Ansprüche verlangen, daß das Haupt eines so großen Militärkommandos, wie das von Algerien, sich, von der Metropole entfernt, nicht in einer vollständigen Unabhängigkeit befinde, was sonst, im Falle gewisser Eventualitäten, seine Gefahren haben könnte. — Der neue Kultusminister in Neapel hat an den hier verweilenden Kardinal Riario Sforza, Erzbischof von Neapel, einen ehrfurchtsvollen Brief geschrieben, um ihn einzuladen, dahin zurückzukehren. Denselben Schritt hat man bei anderen Bischöfen des Königreichs gethan. Der Kardinal Riario Sforza hat, wie man sagt, nicht einen Augenblick angestanden, die Einladung des neuen Ministers anzunehmen, weil die Regierung, die ihn verbannt hatte, aufgehört zu existiren; er wird noch in dieser Woche abreisen. (N. Z.)

[Das „Journal des Débats“ über die Verfassungsänderungen.] Im „Journal des Débats“ ergreift Herr Prevost Paradol über das Dekret vom 24. November in folgender Weise das Wort:

Er konstatirt, daß seit dem Erscheinen dieses Dekrets Jedermann fragt: „Werden wir ein Ministerium haben?“ Diese Frage beantwortet er mit: „Wir haben ein Ministerium.“ Wir wissen wohl, fügt er hinzu, daß dieses Ministerium gewissermaßen in zwei Theile ist, und daß die Einen Gegenwärtige ausarbeiten, welche die Anderen vertheidigen werden.“ Aber diese Neuierung scheint Herrn Prevost Paradol weniger wichtig, als man im Anfang glauben könnte.“ Uebrigens hält Herr Prevost Paradol eine ausgesprochene Verantwortlichkeit der Minister für nicht nöthig. „Man sagt: Dieses Ministerium ist nicht verantwortlich; nichts nöthigt sie, den Einfluß der Versammlungen zu dulden; die Schöpfung vom 24. November ist schon nicht lebensfähig; es ist eine Dampfmaschine, deren Piston nicht geht und die nothwendigerweise platzen muß, wenn man sie in Bewegung setzen will.“ „Aber“, erwidert hierauf der bekannte Journalist, „die Verantwortlichkeit liegt in der Sache selbst; sie entspringt aus der Natur der Dinge. Was in der That ist die Ministerverantwortlichkeit? Ist es das Recht, die Minister wegen ihrer Fehler in Anklagestand zu versetzen? Wenn es nur das ist, so ist dies ein Recht, wovon Frankreich nur einmal während 30 Jahren in Folge einer Revolution Gebrauch machte. Unter Verantwortlichkeit“ versteht Jedermann jene moralische Verantwortlichkeit, die in seiner Verfassung geschrieben steht, wohl aber in der Natur der Dinge, und welche macht, daß kein Ministerium in direkter und beständiger Beziehung mit einer Versammlung bleiben kann, deren Vertrauen es nicht hat und deren Sympathien es verlor. Es bedarf keines geschriebenen Gesetzes, um das ein Minister die Lust verliert, in der Kammer zu verbleiben, sobald er fast empfangen wird. Welcher Mann waret, um einen Salon zu verlassen, bis man ihm die Thüre weist? Das ist die einzige, wahre, nothwendige Verantwortlichkeit, die ebensovienig in der Charte geschrieben stand, als sie in der jetzigen Konstitution steht.“ Nach dieser Argumentation, deren Richtigkeit erst die Erfahrung lehren muß, geht Herr Prevost Paradol zu den Gründen über, welche diese Reformen veranlaßt haben dürften, und sagt: „Wir glauben“, sagt er, „daß der Wunsch, die mehr und mehr drückende Last

seiner Macht zu erleichtern, eine der Ursachen, nicht aber die Hauptursache des kaiserlichen Entschlusses war. Der Kaiser hat gefühlt, daß er, von einer auf die Regierungsangelegenheiten einen wirtlichen Einfluß besitzenden Versammlung umgeben, Frankreich und Europa gegenüber eine ganz andere Stellung einnehmen würde, daß man ihn nicht mehr beschuldigen würde, den Frieden zu stören, und daß dieser auch in der That mehr garantirt wäre; er hat gefühlt, daß er mit einem Male unsere übermäßige Neigung, uns um fremde Angelegenheiten zu kümmern, vermindern und gleichzeitig, Angesichts eines verstärkten und gedachten Parlaments, den edlen Ehrgeiz in uns erwecken würde, unsere eignen Geschäfte selber zu betreiben. Er war es unfähig müde, mehr gelobt, als aufmerksam gemacht, mehr bedient, als unterstützt zu werden, und er hat begriffen, daß für das Talent nur in den Einrichtungen ein genügender Platz vorhanden sei, in welchen für die Unabhängigkeit ein genügender Platz vorhanden ist.“ Der wichtigste Schritt sei nun geschehen, meint Herr Prevost Paradol, und die Regierung habe zunächst ihre Aufmerksamkeit auf die Wahlen zu richten. Es führe zu Nichts, mit Nutzen und selbst mit Auszeichnung im gesetzgebenden Körper sitzen zu können, wenn man nur als ergebener Diener oder als stiegehriger Gegner der Regierung in denselben eintreten könne. Eine Reform könne man freilich hier nicht angeben, aber das fühle Jeder, daß eine Wahl keine Art Vertrag zwischen dem Minister des Innern und einem Kandidaten, oder gar eine Art Duell zwischen einem unabhängigen Bürger und einem Präfecten sein solle, der auf allen Mauern des Departements erkläre, er bekämpfe einen Feind des Kaisers. Endlich müßten auch gewisse Garantien der Presse zugesichert werden, damit in ihr die Tribüne eines Widerhall und eine Stütze finden könne. Schließlich erklärt sich das „Journal des Débats“ für das ehrlche Entgegennehmen dessen, was es so oft und so lange im Interesse des Rechts und der Freiheit gefordert hat. Die grimmigen Verkleinerer freier Institutionen, die seit Sonntag Morgen so heilsameren Theorien befehligt seien, hätten die Männer der „Débats“ immer als egoistische Ruhestörer denunziert, die einzig darauf bedacht seien, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, die Freiheit zu fordern, ohne sich um die Erfüllung dieser Forderung große Sorge zu machen, aber mit dem festen Entschlusse, sie zu mißbrauchen, wenn man sie erlangen werde. Die zukünftige Haltung der „Débats“ möge darüber entscheiden, aber das stehe fest: das Verlangte nicht in loyaler Weise hinnehmen und nicht in ehrlcher Weise benutzen, hieße sich der gerechten Strenge der Nation ausliefern.

Paris, 30. Nov. [Tagesbericht.] Das „Pays“ widerlegt heute die Gerüchte, denen zufolge der gesetzgebende Körper für diese Session früher zusammenberufen werden soll. Alles läßt ihm zufolge, darauf schließen, daß derselbe zu seiner gewöhnlichen Zeit zusammentreten werde, also Ende Januar oder Anfang Februar; der Senat werde sich jedoch früher versammeln, um über die im Dekrete vom 24. d. angedeuteten Punkte nähere Bestimmungen zu erlassen. Man soll es aufgegeben haben, schon jetzt den gesetzgebenden Körper aufzulösen. — Ein Hofbeamter ist gestern nach Petersburg abgereist, um dem Czaren Alexander ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Napoleon zu überbringen. Man versichert, daß Rußland und Frankreich bezüglich der Angelegenheiten in Syrien einerlei Meinung seien. — Man versichert, daß nächsten Dienstag mehrere Dekrete im „Moniteur“ erscheinen und der Presse mehrere Erleichterungen zuerkannt würden. — Ein Speereihändler in Tours macht in dem „Journal d'Indre-et-Loire“ bekannt, daß er 10 Proz. des Gewinnes zu Gunsten des Papstes Pius IX. gebe, welchen er bei dem Verlaufe seiner Schokolade „de Saint Pierre“ mache. — In Marseille ist laut Telegramm gestern Dvanes Gendi mit der Vollmacht der Pforte zur Unterzeichnung der türkischen Anleihe von Konstantinopel eingetroffen und wird heute hier ankommen. — Am 25. Nov. wüthete in Marseille ein furchtbares Gewitter mit Hagelschlag. Dasselbe Phänomen ereignete sich am 26. in Nîmes und währte mehrere Stunden.

Paris, 1. Decbr. [Telegr.] Durch eine Bekanntmachung des Hauses Rothschild werden die Inhaber der am 1. Dez. fälligen Kupons der römischen Anleihe in Kenntniß gesetzt, daß dasselbe keine Deckung zur Zahlung erhalten habe; die Zeit der Einlösung soll später bekannt gemacht werden.

Belgien.

Brüssel, 29. Novbr. [Intermezzo in der Kammer über Italien.] Die vorgestern beiläufig hingeworfenen Neußerungen des Herrn Rogier zu Gunsten der italienischen Freiheitskämpfer haben in heutiger Sitzung, Dank dem Dazwischentreten des Herrn Dumortier, einen bestimmteren Ausdruck erhalten. „Der Herr Minister des Innern“, bemerkt letzteres Mitglied, „hat gestern Worte der Theilnahme für gewisse Völker gehabt, welche dem Joche der Tyrannei sich zu entziehen streben. Auch ich bin von ähnlichen Gefühlen beseelt, hätte jedoch gewünscht, den ehrenwerthen Minister gleichzeitig gegen das dem Völkerrechte und den kleinen Nationalitäten zugefügte Unrecht Einspruch erheben zu sehen.“ „Haben Sie 1830 vergessen?“ fragte Herr Rogier dazwischen. „Im Jahre 1830“, lautete die Antwort, „hat Belgien gloriös und ohne das Zuthun fremder Bayonnette (?) seine Revolution vollbracht; nirgends hat bei uns das Kriegsgewalt verhängt werden müssen.“ „Wir haben eine Fremdenlegion gehabt“, unterbrach der Minister. „Erst in späterer Zeit. Es ist durchaus keine Analogie vorhanden zwischen der belgischen Erhebung von 1830 und der schreienden Verletzung des Völkerrechtes, der wir in diesen Tagen zuschauen.“ (Beifällige Unterbrechung, Lachen und Murren.) „Nicht laut genug kann man dergleichen schmachvolle Vorgänge verdammen, und wenn ich dazu meine Stimme erhebe, so geschieht das nur, damit man nicht sagen dürfe, die Worte des Ministers des Innern haben im belgischen Parlamente keine Entgegnung gefunden!“ (Allseitige Zeichen des Unwillens.) „Ich hege die tiefste Achtung“, sagte Hr. Rogier in seiner Erwiderung, „vor den Völkern und Nationalitäten, welche um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Dieses Schauspiel haben wir gegenwärtig vor Augen, und wenn man das Völkerrecht anrufen will gegen Nationen, welche um solchen Preis sich erheben, so muß man auch die Revolution von 1830 verdammen, der Belgien seine Befreiung, ungeachtet der Verträge, zu danken hat. Ein jeder, dem die parlamentarische Regierung am Herzen liegt, muß die Bildung freier Staaten wünschen, und indem ich diesem Wunsche hier feierlichen Ausdruck gebe, glaube ich mich als eben so guten Patrioten und eben so konservativ zu zeigen, wie der verehrliche Vorredner.“ (Lauter Beifall.) „Die schlechten Regierungen erliegen früher oder später unter der Last ihrer Fehler und verdienen nicht, daß man sie beklage!“ (Bravo!) Hr. Dumortier: „Niemand hätte ein Minister des Königs Leopold die belgische Revolution mit den gegenwärtigen Vorgängen vergleichen sollen. Wir hatten uns über einen König zu beklagen, den wir als einen Tyrannen betrachteten; freilich haben wir ihn davongejagt, aber wir selbst, ganz allein und ohne die Beihilfe auswärtiger Waffen. Wenn man das Recht der Völker und der Verträge ungestraft mit Füßen treten darf, so giebt es für den Bestand des kleinen, von mächtigen Nachbarn umgebenen Belgiens keine Garantien mehr.“ (Murren.) Nach einer unwesentlichen Entgegnung des Ministers des Auswärtigen wurde dieser Zwischenfall geschlossen. (N. Z.) (Beilage.)

Italien.

Turin, 23. Nov. [Schwierigkeiten für das sardinische Kabinett; revolutionäre Pläne.] Graf Cavour soll über die unerwarteten ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der Einverleibung und Verschmelzung Neapels mit Sardinien entgegenstellen, doch bedenklich, ja kleinlaut geworden sein. Die Durchführung der Konstitution in Neapel hat die Abneigung der Bevölkerung für den Kriegsdienst gegen sich und die Aufbringung der Steuern ist unter den obwaltenden Umständen kaum durchführbar, abgesehen davon, daß die Besetzung des Landes mit piemontesischen Streitkräften Sardiniens militärische Macht zersplittert. Da es unter diesen Umständen zu schwach ist, Desteich direkt in seinem Festungsbereich anzugreifen, so werden nach dem Feldzugsplan der Revolution aufständische Bewegungen in Dalmatien und in den slavischen Bezirken an der untern Donau dazu dienen, die österreichischen Kräfte in Italien zu schwächen.

Genova, 23. Nov. [Verfahren gegen Sambianchi; Unterstützungen.] Oberst Sambianchi versuchte bekanntlich mit einigen hundert Freiwilligen eine Invasion in den Kirchenstaat, ein Unternehmen, welches ihn in die Kerker von S. Andrea brachte, während Fanti und Cialdini, welche einige Tage darauf an der Spitze von 60,000 Mann dasselbe verucht, Orden und Würden erhielten. Sambianchi, ohne Urtheil und Prozeß seit Monaten im Gefängnis schmachtend, sollte nun aus unbekannten Ursachen in einen anderen Kerker gebracht werden. Augenzeugen erzählten, daß der Oberst, da er sich weigerte, den bereitstehenden Karren zu besteigen, von den Polizeiboluden auf die roheste Weise geschlagen und blutend in die Kutsche geworfen worden sei, ohne daß ein Kommissar oder Vorgesetzter dem empörenden Treiben Einhalt gehalten habe. — Außer den 100,000 Lire, die im vorigen August von der Commission centrale di Beneficenza, welche die Sparkassen der Lombardie verwaltet, dem Fonds für die Invaliden der verbündeten Armeen von 1859 zugewiesen wurden, übermachte dieselbe Kommission neuerdings 50,000 L. ital. für die Freiwilligen des Garibaldischen Heeres und die mobilen Korps der Nationalgarde. Davon wurden 20,000 Lire den Invaliden der Provinz Mailand angewiesen, die übrigen 30,000 Lire auf die übrigen lombardischen Provinzen vertheilt. Ferner hat dieselbe Kommission 100,000 Fr. ausgesetzt, um sie an die Gemeinden, welche durch den Krieg besonders gelitten, als unverzinsliche Darlehen oder gegen eine geringe Zinsvergütung zu verabreichen. (A. Z.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Rom, 24. Nov., schreibt man der „A. Z.“: „In den römischen Provinzen, welche nun Sardinien annektrirt sind, giebt es doch auch eine kleine Zahl im Beamtenstande, die nur durch die Verhältnisse gezwungen sich dem neuen Landesherren zuwenden. Hierbei zeigte sich die päpstliche Regierung in ihrer ganzen Kleinigkeit. Die treuesten Diener, besonders aus der Verwaltung des Zollwesens, wandten sich mit der Bitte hierher, ihnen sobald als möglich einen lokalen Ausweg zu zeigen, da die piemontesischen Kommissare nur 8 Tage Bedenkzeit zu geben, oder bei ihnen Dienste zu nehmen bewilligten. Noch mehrere haben um eine Erklärung, die Regierung möchte in Betreff der drängenden Umstände und aus Rücksicht auf die drückende Noth der Familien die neue Dienstnahme nicht als Trennung ansehen, wenn jene Landesheile einst unter Rom zurückkehren sollten. Obgleich nun die völlige Unmöglichkeit klar vorliegt, den Bittstellern zu helfen, da die Einkünfte kaum noch zum Unterhalte der Funktionen in Rom und der Umgegend hinreichen, so will man dennoch von solcher Amnestie, die in diesem Falle doch nur ein billiger Humanitätsakt wäre, durchaus nichts wissen. Schon die bei der Gelegenheit gezeigte Anhänglichkeit verdient eine bessere Anerkennung. Die römische Regierung selber kann die Dienste jener Beamten nicht brauchen, mißgönnt sie aber der sardinischen, und ist unbekümmert ob sie wohlleben oder darben. Dies unkluge Benehmen rief überall eine große Erbitterung hervor und hatte eine einstimmige Abhäsion der Beamten an die neue Regierung zur Folge. Die meisten traten mit erhöhtem Gehalt ein, denn der frühere unter der päpstlichen Herrschaft war in der Regel so knapp bemessen, daß die Leute daneben, wollten sie mit ihren Familien nicht Hunger leiden, selbst wider ihren Willen stehlen mußten. Doch auch in Rom mehren sich die Gründe der Unzufriedenheit, obgleich kein Opfer gescheut wird, die Menge bei guter Laune zu erhalten. Ich spreche nicht von den politischen Parteien; die können vor unbändiger Ungeduld die letzte Stunde der päpstlichen Herrschaft kaum erwarten; ich meine vielmehr die unteren Volksklassen, denen es gleich ist, wer regiert, wenn sie nur zu essen haben. Aber eben die materielle Existenzfrage wird von Tag zu Tag schwieriger. Wir sind nach allen Seiten hin abgeperrt und die gemeinsten Lebensbedürfnisse, zumal Mehl und Brot, sind bereits theurer, als im Jahre 1849 während der Belagerung. Dazu macht es eben in diesen Klassen einen erniedrigenden Eindruck, daß selbst im Proletariat die Einsammlung des Petersgroßens nach wie vor, ja jetzt vielleicht noch eifriger betrieben wird. Verstärkt sich, daß gerade diese Menschen von den Priestern mit kirchlichen Lockspeisen geködert werden. So zeigt sich die Regierung in Allem mittellos, ohne Thatskraft. Nur ein mäßiger Stoß von außen ist nöthig, sie umzuwerfen.“

Am 21. November empfing die Königin Mutter von Neapel den Besuch des Papstes. „Die Königin“, schreibt man der „A. Z.“, „steht sehr leidend, vollkommen niedergedrückt aus. Ihr Oberhofmeister, Graf Statella, ist der Ansicht: Gaëta werde sich noch für längere Zeit halten können, obgleich der Mangel an allen Lebensbedürfnissen dort schon sehr fühlbar auftritt. (Vgl. unten.) Unter dessen tauchen nicht nur in den Abruzzen, sondern in allen Provinzen des Königreichs immer neue Banden im royalistischen Sinn auf, trotz Cialdini's brutalem Befehl: einen jeden Angehörigen derselben, der den Piemontesen in die Hände fällt, sogleich erschießen zu lassen. Die Banden ihrerseits werden nicht ermangelnd, das Vergeltungsrecht an Piemontesen auszuüben. Vor der Hand haben sie schon angefangen, das Besitztum vermögender Anhänger der neuen Ordnung nicht etwa zu plündern, sondern von Grund aus zu zerstören. Giacomo Giorgi, der am Fucinosee und im Marserland an der Spitze zahlreicher Banden sein Wesen treibt, war in diesen Tagen in Rom, um sich Verhaltungsbefehle bei dem hier weilenden höheren königlichen Militär, welcher zuletzt in den Abruzzen kommandirte, zu erholen. Dieser hat ihn indessen für jeden Zerstörungs-

akt, den seine Banden verüben könnten, streng verantwortlich gemacht.“

Zum Patrimonium Petri gehört die Provinz Viterbo; im nördlichen Theile derselben liegt rechts am Tevere, der in die, einen Theil der Grenze gegen Toscana bildende Tiera mündet, das Dorf Castro. Nördlich davon, in der Provinz Orvieto, liegt an der Paglia Aquapendente. Schon durch ihre geographische Lage sind diese Dörfer von Anfang der italienischen Einheitsbewegung unruhig gewesen. Jetzt bringt der „Monitore di Toscana“ eine Depesche vom 27. Nov., worin gemeldet wird, daß etliche 40 Freiwillige aus dem Herzogthume Castro in Aquapendente eingefallen und die dortigen päpstlichen Gendarmen entwaffnet und überall das sardische Wappen aufgerichtet haben. Die Depesche fügt hinzu: „Der päpstliche Gouverneur wurde mißhandelt; 19 Gendarmen wurden zu Gefangenen gemacht.“ Nach anderen Nachrichten ward der päpstliche Gouverneur erschlagen, ein Theil der Gendarmen gefangen genommen, der andere floh auf toscanisches Gebiet, wo man die Leute entwaffnete und sie nach Perugia transportirte, um sie nebst Waffen und Pferden an die französischen Behörden in Viterbo auszuliefern. Näheres über diese beklagenswerthen Vorgänge fehlt noch. Wie im Patrimonium Petri die Zustände jetzt sind, davon entwirft der römische Korrespondent der „Indépendance“ eine düstere Schilderung, die so beginnt: „Die Auflösung ist vollständig; sogar die Polizei hat alle Energie verloren und läßt Alles gehen, wie es kommt. Man hat für die Einverleibung abgestimmt, und zwar nicht bloß öffentlich, sondern ich muß sagen, unbestimmt.“ In der That geht der Peterspfennig in letzter Zeit reichlicher als früher ein, und das „Giornale di Roma“ berechnet, daß diese Gaben bereits an 2 Mill. Lthr. eingebracht haben, wobei die Dubliner Diözese mit 16,000 Pfd. St., Newyork mit 40,000 Dollars theilhaftig ist. Was die Besetzung von Terracina durch die Franzosen betrifft, so versichern die „Nationalités“ jetzt nachträglich, dieselbe sei im Einvernehmen mit der piemontesischen Regierung erfolgt, und die sardinischen Truppen hätten die Besetzung dieses Punktes nicht beabsichtigt gehabt, wie behauptet worden. Dies klingt etwas nach den Worten des Fuchses, der die Trauben sauer fand. Die Absichten des heiligen Vaters, ob derselbe auf alle Fälle in Rom zu bleiben oder wann er abzureisen gedente, bilden seit Monaten ein unerschöpfliches Kapitel in manchen französischen und italienischen Blättern und Korrespondenzen. Wir haben dieses Geredes nicht weiter erwähnt, weil es in der Natur der Sache liegt, daß sich darüber nichts Zuverlässiges vorherzusagen läßt; indeß wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß, wie die „Indépendance Belge“ meldet, in Wien neuerdings viel von einem Schreiben des Papstes an den Kardinal Erzbischof v. Rauscher gesprochen wird, in welchem Seine Heiligkeit erkläre, Rom nicht zu verlassen, so lange seiner päpstlichen Gewalt kein Zwang angethan werde.

Die „Patrie“ vom 28. November dementirt die von italienischen Journalen gebrachte Nachricht von einem Abzuge der französischen Truppen aus Rom. Der Papst habe die Absicht nicht, die Hauptstadt seiner Staaten zu verlassen, und die französischen Soldaten blieben dort, um über seine Sicherheit zu wachen. — Man versichert inzwischen in Rom, daß der Kardinal de Merode auf einem Schiffe, welches sich im Hafen von Civita Vecchia befindet, mehrere dem Papst gehörige Gegenstände vom großem Werthe eingekauft hat. Es scheint, daß dieses Schiff nach Antwerpen bestimmt ist, und daß von da aus die betreffenden Sachen nach demjenigen Orte in Deutschland gebracht werden sollen, welchen der Papst, im Fall er Rom verläßt, zu wählen die Absicht hat.

Der König Franz II. hat einen Bevollmächtigten zum Ankauf von Lebensmitteln nach Civita Vecchia gesandt.

Die „Indépendance“ bringt einen Brief vom Bord des „Pausilippo“, Rhede von Gaëta den 19. Nov. Abends. Dieses Schiff hatte Tags zuvor in Civita Vecchia den General Bosco und einen bourbonischen Stabsoffizier, nebst zwei Franzosen von der legitimistischen Partei an Bord genommen. Dieselben kamen von Rom, von wo sie eine Kiste mit ungefähr 200,000 Frank in Gold mitbrachten. Wie es scheint, waren die bisherigen Mittheilungen über die bereits erfolgte Ankunft des Generals Bosco in Gaëta verfrüht. Auch enthält das „Journal de Débats“ eine Zuschrift, aus der erhellt, daß General Bosco erst am 13. November von den gegen die frühere Diktatorialregierung eingegangenen Verpflichtungen sich frei erachten durfte und demzufolge erst am Morgen des 14. Nov. nach Gaëta abgereist war. Ueber den Stand der Dinge in und vor Gaëta berichtet diese Korrespondenz vom 19. November, daß die piemontesische Flotte nach Neapel zurückgegangen wäre, daß die piemontesischen Vorposten 1500 Metres vom Molo und den Forts entfernt ständen, daß 150 Mörser in der Belagerungslinie aufgestellt werden sollten, und daß von den fünf zu errichtenden Batterien drei nahezu vollendet wären. Am 18. Nov. hätten die Belagerten gegen diese Arbeiten ungefähr 200 Schüsse abgegeben, am 19. Nov. war bis zum Abend Waffenstillstand, der General Cialdini benutzte, um den König Franz bitten zu lassen, das Schloß, in welchem sich die Königin befände, durch eine weiße Fahne zu bezeichnen, damit es bei dem Bombardement verschont werden könne. In Gaëta beginnen bereits unter der Garnison Krankheiten, vornehmlich Typhus, große Verheerungen anzurichten, denn die Garnison wäre für die dürftigen Räumlichkeiten der Festung immer noch viel zu stark und belaufe sich auf ungefähr 18,000 Mann mit 1000 Pferden, wogegen die Belagerungsarmee nur 15,000 Mann zähle.

Die Ankunft des Generals Bosco, die jetzt erfolgt ist, wurde als der Augenblick bezeichnet, wo die Belagerung noch einmal einen Hauptschlag versuchen wollte; die Truppen wurden durch die Hoffnung aufrecht erhalten, daß ihnen die Desteicher jetzt bald zu Hülfe kommen würden. Unter den Offizieren des österreichischen Geschwaders herrscht wenig Freude über die Rolle, die Admiral Le Barbier sie spielen läßt; man hält Gaëta für einen verlorenen Posten und findet es seltsam, daß Frankreich die künstliche Verlängerung dieses nutzlosen Blutvergießens befördert. In der Nacht vom 19. auf den 20. Nov. eröffneten die bourbonischen Truppen von Neuem das Feuer gegen die Belagerer, jedoch wieder ohne allen Erfolg, weshalb man denn auch alsbald das Bombardiren wieder einstellte.

Die „Patrie“ vom 29. November theilt in ihren letzten Nachrichten aus Gaëta mit, daß das sardinische Geniecorps beschlossen hat, alle Anstrengungen zunächst gegen den von den Neapolitanern

besetzten Monte Secco zu richten. Von dort will man später eine wirksame Beschießung der Festung eröffnen. Man glaubt, daß es wenigstens drei Monate kosten werde, ehe man von dieser wichtigen Position Besitz ergriffen haben wird, also wäre auf einen ernstlichen Angriff vor dem nächsten Frühjahr kaum zu rechnen. Einstweilen soll die Stadt von Monte Capucini aus unausgesetzt bombardirt werden. Man verspricht sich jedoch keinen sonderlichen Erfolg davon. Der König besitzt, nach der „Patrie“, noch 16,000 Mann guter Truppen, die mit Munition und Lebensmitteln reichlich versehen sind und von außenher regelmäßig versorgt werden. Die Werke auf der Land- und Seeseite sind mit 8—900 Kanonen versehen. General Bosco ist am 20. November in Gaëta angekommen und hat sofort den Oberbefehl über die Infanterie übernommen. — Das „Pays“ sagt, aus militärischen Gründen sei König Franz II. noch lange nicht in dem Falle, auf Widerstand zu verzichten. Es könnten sogar die Konsequenzen eines Widerstandes sehr in Betracht gezogen werden, der Franz II. Ereignisse abzuwarten gestattete, welche in einer mehr oder weniger entfernten Zeit bis jetzt ganz unerwartete Ereignisse herbeizuführen vermöchten. — Von der Meeresseite war die Festung, wie der römische Korrespondent der „Allg. Ztg.“ aus Grund von Berichten, die Emigranten aus Gaëta erstatteten, meldet, noch nicht bombardirt, was auch der piemontesischen Flotte kaum möglich sein wird. An 800 Feuerhände großen Kalibers, und alle von furchtbarer Tragweite, decken die Meeresseite aus bombenfesten Batterien. Aber von der Landseite aus hatten die Piemontesen angefangen, Bomben in die Stadt zu werfen. Nur durch Wurfgeschöß ist derselben beizukommen. Jedoch für einen kaum nennenswerthen Theil, nämlich was jene Häuser anbelangt, die zunächst dem Landthor liegen. Ein hoher Berg mit senkrechter Felsenwand nach außen hin, aus der an 2000 Kanonen aus unterirdischen Höhlen lugen, während die Oberfläche mit Mörserbatterien vollgepöckelt erscheint, dürfte dem Feinde vor der Hand eine nicht lösbare Aufgabe bilden. An Kriegsmunition fehlt es den Belagerten keineswegs, auch nicht an Lebensmitteln, obgleich sie schon zu Zwieback, Käse, Schinken und Speck ihre Zuflucht nehmen mußten. Der König ist freilich Mutts und giebt eine bewundernswürdige Charakterstärke zu erkennen. Er und seine Brüder, die Grafen von Trani und von Caserta, und sein einziger ihm im Unglück treugebliebener Oheim, der Graf von Trapani, sind abwechselnd Tag und Nacht auf den Batterien, so daß zwei von ihnen dort immer anwesend sind. Der neunzigjährige General-Lieutenant Bial, der schon als Oberst unter Wellington im sicilischen Kontingent in Spanien kämpfte, ein eisenfester Charakter, ist Gouverneur der Festung. Es war der Wille des Königs, daß die junge Königin und die Königin-Mutter mit ihren jüngern Kindern Gaëta mit einem spanischen Kriegsschiff verlassen möchten. Erstere indessen hat sich dem Ansinne mit der Erklärung widersetzt: ihre Pflicht als Gattin gebiete ihr, eine jede Gefahr mit dem König zu theilen. Auch sieht man sie häufig an der Seite des Königs auf den Batterien, während Bomben mit Geräusch durch die Luft fliegen und krachend plagen. — Ueber die in der Zeit vom 9. bis 19. d. M. vor Gaëta vorgefallenen militärischen Operationen meldet die amtliche „Gazetta di Gaëta“: „In der Nacht vom 9. hat eine feindliche, mit gezogenen Kanonen versehene Batterie ein von unseren Soldaten besetztes Terrain lebhaft beschossen, ohne ihnen Schaden zuzufügen. Am Morgen darauf wurde eine Erwiderung des Feuers wegen der großen Entfernung der Batterien für unnöthig erachtet. Am 12. wurden unsere Vorposten von überlegenen piemontesischen Streitkräften angegriffen; sie hielten Stand und warfen den Feind zu wiederholten Malen zurück, bis ihr Kommandant, der sie nicht länger in Gefahr lassen und sie auch vor den Unbilden des Wetters schützen wollte, sie hinter die Wallböschungen zurückrief. Am 13. sind die umliegenden Höhen von Zeit zu Zeit von der Festung aus beschossen worden, um den Feind in seinen Operationen zu stören. Seitdem ist nichts von Bedeutung vorgefallen.“

Aus dem Lager von Gaëta wird mitgetheilt, daß der sogenannte Borgo di Gaëta, der fast nur von Fischern bewohnt war, gänzlich in Trümmern liegt. Der Aufenthalt ist durch das Feuer, welches von der Zitadelle aus unterhalten wird, unmöglich geworden, so daß den Einwohnern, denen man die Aufnahme in die Festung verweigert hat, nichts übrig blieb, als in den Reihen der sardinischen Armee Schutz zu suchen.

Der „Razionale“ meldet vom 20. d.: „Die piemontesischen Truppen griffen das Lager des Feindes außerhalb der Festung von Gaëta an und zwangen den Gegner, sich in letztere zurückzuziehen. Die von dem Feinde innegehabten Positionen wurden von den Siegern besetzt, welche an Todten und Verwundeten nur ungefähr 100 Mann einbüßten. Das Terrain bietet solche Schwierigkeiten, daß man nur zu Fuß mit großer Mühe vorwärts kommen kann. Die Brigade Bergamo unter dem Befehl des tapferen Generals Casanova hat sich besonders ausgezeichnet, und mit dem 11. Bersaglieribataillon unter Major Buri zu dem Erfolg des Tages beigetragen. Die eroberten Positionen, welche dem Feuer des Feindes so sehr ausgesetzt waren, mußten theilweise verlassen werden, und nur einige Punkte derselben wurden von unserer Feldartillerie besetzt.“

Der „R. Z.“ wird aus Turin, 28. Nov., geschrieben: Ein Angriff auf Messina ist im Werke. Nahe an 25,000 Mann von den besten Truppen sind bereits in Sicilien ausgeschifft worden. Es ist dem Marschall Fergola, der die Zitadelle von Messina besetzt hält, wahrscheinlich schon die Aufforderung zugegangen, binnen 24 Stunden den Platz zu räumen. Verweigert er dies, so wird zum Sturm übergegangen. — Dem Könige Franz II. sind vom General della Rocca günstige Bedingungen im Falle der Uebergabe von Gaëta gemacht worden: den Soldaten würde freigestellt werden, mit allen militärischen Ehren aus der Stadt zu ziehen und über sich selbst frei zu verfügen. Die Gerüchte von der Kapitulation dieses Plazes finden aber mehr Glauben in weiteren, als in engeren Kreisen. Franz II. ist bis jetzt hinreichend mit Geld versehen; denn die Truppen erhalten pünktliche Bezahlung und Beköstigung. Es erweist sich als unrichtig, daß fünf Generale den König Franz II. verlassen haben. General Bial wenigstens ist noch immer Befehlshaber von Gaëta. Die Soldaten zeigen sich entschlossener, als die Offiziere, welchen ihre Zukunft Besorgniß einflößt.

Die Besatzung in Messina, welcher bisher gegen Geld die nothwendigen Lebensmittel aus der Stadt geliefert wurden, hat in letz-

ter Zeit, nachdem die Kriegskasse erschöpft war, 14,000 Dukaten dadurch aufgebracht, daß Offiziere und Soldaten sämtlicher geldwerthen Sachen sich entäußerten. Der Mangel an Lebensmitteln wird freilich zur Kapitulation zwingen.

Den „Débats“ schreibt man aus Neapel vom 17. November: Die schweigsame Schrofheit, welche dem piemontesischen Temperament eigen ist, erregt selbst bei den höheren Ständen Anstoß. Sie haben gefunden, daß in den ersten Tagen die Undankbarkeit gegen die Garibaldianer zu sehr durchschien; es mißfiel ihnen, daß in die Ministerien nur die Neapolitaner berufen wurden, welche ein langer Aufenthalt in Turin zu Piemontesen gemacht hat, und die, durch die Amnestie zurückgekehrt, die eifrigen oder, geradezu gesagt, die einzigen Agenten für den Erfolg Piemonts waren, weil sie allein eben dabei ein Ziel im Auge hatten. Im Grunde herrscht hier bis jetzt nichts als enttäuschter Ehrgeiz, verlegte Eitelkeit, Neugier über die verlorene Autonomie, und die bange Furcht der Leute vor, die sich einen Herrn gegeben zu haben besorgten. Victor Emanuel war von dem dritten Tage an schon unangenehm berührt durch die vertraulichen Manieren, welche das neapolitanische Volk gegen seine Souveräne an den Tag legt, und ließ vor und hinter seinem Wagen Garibaldisten herreiten. Das fiel auf, und gab zu Bemerkungen Veranlassung. Ferdinand II., der stets von unheilbarem Argwohn geplagt, in den Palästen von Caserta und Capri umherirrt, erschien doch immer in der Öffentlichkeit ohne Eskorte. Er kannte die eingewurzelten Neigungen seines Volkes.

König Victor Emanuel entgegnete den Deputierten des Senats und der Kammer, die am 26. vor ihm in Neapel erschienen, daß der gute Erfolg der italienischen Bewegung durch die Entschlossenheit und Tapferkeit der Italiener verbürgt werde; er hoffe, die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten zu überwinden und freue sich, daß die Diplomatie, Anfangs feindlich, jetzt wohlwollend dem italienischen Prinzipie sei.

Gemäß Dekret des General-Staathalters vom 21. sind die Ministerien der Polizei und des Innern von einander getrennt, der Marchese d'Alfilitto für ersteres und der Professor Spaventa für letzteres ernannt worden. Ventimiglia ist auf seinen bisherigen Posten als Generaldirektor der Staatsschuld zurückgekehrt. Auch Justiz und Kultus, die noch provisorisch in einer Hand lagen, sind getrennt worden. Pisanello bleibt für die Justiz, für den Kultus wurde der bisherige Staatsrath Ferigni ernannt. Ackerbau, Handel und öffentliche Arbeiten sind vereint an de Vincenzis übergeben. — Die von Garibaldi am zweiten Tage seines Hierseins dekretirte öffentliche Schule, die eine Zahl von 1000 militärisch erzogenen Armenhülfern haben soll, wird gewiß einem Dekrete Garibaldi's in der nächsten Zeit ins Leben treten. — Die Garibaldi'sche Armee verschwindet immer mehr und mehr vom hiesigen Schauplatz. Das rothe Hemd, dem man bisher in den Straßen überall und immer begegnete, ist der piemontesischen Uniform gewichen. — Am 23. wurde abermals ein Trupp neapolitanischer Gefangener von ungefähr 50 Mann hier eingebracht. Auch ein halbes Duzend mit den Waffen in der Hand ergriffener Bauern befand sich dabei.

Um dem Bauernaufstande in den Abruzzen ein Ende zu machen, der von bourbonischen Emisären neu angefaßt wurde, hat Garibaldi durch den Telegraphen Befehl erteilt, nun in den Abruzzen wirklich das Standrecht zu publizieren. General Pianelli hat hierauf bekannt gemacht, daß er jedes Individuum werde erschießen lassen, das unbefugt Waffen trage, das die Bauern zu Mord und Plünderung aufrufe oder das die dreifarbig italienische Fahne beschimpfe. Vor Pianelli's Erlaß hatte bereits der bourbonische Oberst Delagrangue in den Abruzzen Belagerungszustand erklärt und sept den Guerillakrieg fort.

Nach Pariser telegraphischen Nachrichten aus Neapel vom 29. v. M. hat daselbst Tags vorher eine Demonstration von Priestern und Lazzaroni's stattgefunden, welche unterdrückt worden ist.

Spanien.

Madrid, 23. Nov. [Behandlung der Presse.] In der gestrigen Kortessitzung erklärte der Minister des Innern, auf eine, die Handhabung der Preßpolizei betreffende Anfrage eines Oppositionsabgeordneten, daß das Kennzeichen eines Vergehens nicht in der tadelnswerthen Handlung selbst, sondern in der Führung dessen, der sie begehe, liege! Mit anderen Worten: was in den Spalten einer Oppositionszeitung der Strafe anheimfällt, kann in einer ministeriellen Zeitung gelehrt sein. Das Land, in dem sich die Regierenden zu solchen Grundsätzen bekennen, ist freilich nicht in der besten Verfassung.

Rußland und Polen.

Petersburg, 24. Nov. [Diskonto; Anleihe.] Der Diskont der Reichsbank ist abermals erhöht worden. Der Bankdirektor Stieglitz macht bekannt, daß in den nächsten 14 Tagen Wechsel auf drei Monat mit 6½%, auf sechs Monat mit 7% diskontirt, Vorstöße auf Krediteffekten und Waaren mit 7% pro Anno geleistet werden. — Im Zeitraum vom 19. bis 27. künftigen Monats einschließlich wird in der Reichsbank eine Zeichnung auf fünf Millionen Silberrubel Reichsschatz-Billetts verschiedener Serien mit Zinsberechnung vom 1. (13.) Oktober und 1. (13.) Nov. 1860 an stattfinden. Das Publikum wird aufgefordert, sich daran zu betheiligen.

Türkei.

Konstantinopel, 21. Nov. [Die Anleihe; die bulgarische Gemeinde.] Nach dem Reuter'schen Bureau sind von der Pforte unterzeichnete Schriftstücke, die mit Frankreich abzuschließende Anleihe betreffend, nach Paris abgesandt worden. Man zweifelt allgemein am Abschlusse der Anleihe. Der Wechselkurs ist gestiegen und Papier erster Klasse rar. — Die bulgarische Gemeinde hat die Absicht, zur römisch-katholischen Kirche überzutreten, weil die Pforte nicht in ein besonderes Patriarchat willigen wollte.

Konstantinopel, 22. Nov. [Ferhad Pascha; Entwaffnung in Syrien; Mordthat.] Vorgestern Nachts ist Ferhad Pascha oder, wie er früher hieß, General Stein an Gift, das er freiwillig oder unfreiwillig genommen, gestorben. So hört die leidige Unterjochung gegen den undankbaren und unvorsichtigen ungarischen Flüchtling wegen der beabsichtigten Herausgabe einer politischen Broschüre wider das Türkenthum und viele Pascha's auf. Großmann soll noch immer gefangen sitzen. Das Manuskript war allerdings von ihm unter Stein's Diktat

geschrieben, aber die Korrekturen in dem Manuskripte waren unerkennbar von des Renegaten - Pascha's Hand. Stein's Handschrift war eine so eigenthümliche, fast stehende runde Druckschrift, daß Niemand sie erkennen konnte. Auch konnten andere Handschriften, welche zum Vergleich herbeigebracht wurden, nur die Echtheit bestätigen. — Aus Damaskus sind Nachrichten vom 4. Nov. hier eingetroffen. Die Entwaffnung geht unter schweren Strafen seit einiger Zeit vor sich, aber das Resultat ist bis jetzt wenig erheblich. Das ist auch nicht so leicht in einem Lande, wo Jeder eine Waffe hat, ja, haben muß. Bis in die Hauptstadt selbst ist kein Haus ohne Waffen, und es getraut sich Niemand, am Abend ohne Waffen auszugehen. — Hier ist trotz der Macht der Regierung und ihrer Polizei die Macht der Banditen u. größer. Ein Italiener, welcher falsches türkisches Papiergeld mit Anderen fabrizirt hatte, wurde von der Polizei vor einiger Zeit ergriffen. Er wurde freigelassen, unter der Bedingung, die Mitschuldigen anzugeben. Einer wurde auch gefaßt; aber vor einigen Tagen wurde Sener auf der Hauptstraße, mitten unter einer großen Menschenmasse, rückwärts durch den Kopf geschossen und ist gestern gestorben. (K. Z.)

Konstantinopel, 24. Nov. [Telegraphische Notizen.] Die rumelische Armee ist von Pristina in ihre Winterquartiere abgegangen. — Das Befinden des k. k. Internuntius ist besser. — Eine von Sir G. Bulwer veranlaßte Kollektivnote des diplomatischen Korps ist, dem Reuter'schen Bureau zufolge, Seitens der Pforte gut aufgenommen worden. — Da die Bevölkerung von Bosnien eine Inspektion verlangt, wie sie der Großvezir in anderen Provinzen gehalten, so wird die Pforte einen außerordentlichen Kommissarius dahin senden. — Nach Syrien schickt die Regierung Lebensmittel und Arzneien. — Die Franzosen haben sich um Beyrut zusammengezogen und zwei Vorposten im Gebirge zurückgelassen. Aus Damaskus sind abermals zahlreiche Christen ausgewandert. — In Smyrna wurde eine Bande entdeckt, welche sich mit der Fälschung englischer Pässe beschäftigte.

Amerika.

Newyork, 15. Nov. [Unionsfeindliche Agitationen im Süden; arktische Expedition; aus Mexiko.] Aus Washington vom 12. Nov. wird folgendes gemeldet: Es ist die entschiedene Absicht der Regierung, es gelassen zu lassen, daß Süd-Carolina jede ihm beliebige Haltung annehme, die Gerichte suspendire, den Postenlauf in Stillstand bringe, so lange es nur nicht den Versuch macht, die Staatseinnahme zu beeinträchtigen oder einen Hafen zum Freihafen zu erklären. Geschieht dies, dann wird sofort ein Beamter des Schatzamts auf einem Kriegsschiffe abgeschickt, um die Sache in Ordnung zu bringen. Herr Buchanan hofft, es werde kein Versuch gemacht werden, die Steuer-Erhöhung zu behindern, bevor das Experiment der Trennung sich als schlechte Spekulation erwiesen hat und aufgegeben worden ist. — In Boston sind Nachrichten von der arktischen Expedition des Dr. Hayes eingetroffen. Die Mitglieder derselben waren alle wohl auf, ihr Schiff aber eingefroren. — Nach den neuesten Berichten aus Mexiko hält Marquez Queretaro besetzt. Die Liberalen hatten sichengefährte zum Werthe von 100,000 Pfd. geraubt. Die britische Gesandtschaft hat die Hauptstadt definitiv verlassen.

Buenos-Ayres, 9. Okt. [Der Anschluß von Buenos-Ayres an die argentinische Konföderation] ist definitiv zur Ausführung gebracht worden, nachdem die von Buenos-Ayres beantragte Modifikation der Verfassung der Konföderation in dem zu diesem Zwecke zusammengetretenen National-Kongresse mit allen gegen Eine Stimme genehmigt worden war.

Militärzeitung.

Österreich. [Feststellung des Kriegszustandes für die k. k. östreichische Infanterie.] Von dem k. k. Kriegsministerium ist durch Verordnung vom 22. Oktober d. J. der Kriegszustand für die Bataillone und Regimenter der k. k. Infanterie wie zugleich der Fuhr- und Packtrain für diese Truppenkörper folgendermaßen systematisch worden: Die Jäger-Bataillone von 4 Kompagnien nehmen den Kriegszustand eines Bataillons des Kaiser-Jäger-Regiments an, die von 6 Kompagnien sollen hierin mit dem Titeler Grenzbataillon gleichartig rangieren. Jedes Linien-Regiment (und nach einem später erschienenen neueren Zusatz auch jedes der 14 Grenz-Regimenter) formirt auf dem Kriegszustand 3 Bataillone zu je 6 Kompagnien in 3 Divisionen à 2 Kompagnien und noch eine besondere gleich starke Depot-Division, in der Gesamtstärke von 4092 Köpfen. Jede Jäger-Kompagnie soll 207 Köpfe mit Einschluß der Offiziere Stärke besitzen, wonach also das Kaiser-Jäger-Regiment mit 8 Feld- und 1 Depotbataillon à 4 Kompagnien (einschließlich des Stabes) 7871 Köpfe und 224 Pferde und jedes Bataillon 878 Köpfe nebst 28 Pferden, endlich ein Jäger-Bataillon zu 6 Kompagnien 1292 Köpfe und 36 Pferde. Was den Fuhr- und Packtrain betrifft, so gelten dafür folgende Bestimmungen: Regimentsstab 1 Karren mit 1 Fahrgemeinen und 2 Zugpferden, jeder Bataillonsstab 2 Fahrgemeinen, 2 Reservepferde; jede Kompagnie 1 Bagagekarren mit 1 Fahrgemeinen und 2 Packpferden; in beiden vorgenannten Ausstattungsarten für den Regimentsstab: 1 zweispänniger Kassen-Defewagen mit 2 Fahrgemeinen und 4 leichten Zugpferden, 1 zweispänniger Sanitätswagen mit 1 Fahrgemeinen und 2 schweren Zugpferden und für jede Division 1 vierpänniger Proviantwagen mit 2 Fahrgemeinen und 4 leichten Zugpferden und dazu pro Bataillon 1 Fahrgemeinen und 1 leichtes Reservepferd. Ein selbständig detachirtes Bataillon hat für den Stab 1 Bagagekarren mit 1 Fahrgemeinen und 2 Zugpferden über die angegebene Ausrüstung mehr, wegen der Sanitätswagen wegfällt. In gleicher Weise ist die Ausrüstung für die Jäger-Bataillone festgesetzt. Nach dieser neuen Bestimmung fallen gegen 1859, wo bei nur 64 Linien-Regimentern jedes derselben auf dem Kriegszustand 1 Grenadier-Bataillon zu 4 und 4 Füsilier-Bataillonen, eins davon Depot, zu je 6 Kompagnien besaß, die ersten ganz und das 4. Bataillon bis zu 2 Kompagnien aus, wegen aber jetzt bei 80 Linien-Infanterie-Regimentern 48 Füsilier-Bataillone à 6 Kompagnien und noch 16 Depotdivisionen oder 32 Kompagnien neu hinzutreten. Bei den 14 Grenz-Infanterie-Regimentern, welche auch 1859 aus 3 Feldbataillonen und 6 Kompagnien bestanden und den, das Kaiser-Jäger-Regiment hierbei eingerechnet, zusammen 40 Jäger-Bataillone in der Besetzung keine Veränderung eingetreten. Auf dem Kriegszustand würde somit die österreichische Infanterie nach ihrer neuen Feststellung und das nicht einrangirte Titeler Grenzbataillon dabei mit eingeschlossen, 240 Linien-, 43 Grenz-Infanterie- und 40 Jäger-Bataillone, oder zusammen 323 Bataillone, wie im Ueberflusse noch 94 Depotdivisionen, 1 Depot-Jäger-Bataillon (für das Kaiser-Jäger-Regiment) und 32 Depot-Jäger-Kompagnien besitzen, was nach den angegebenen Stärkeverhältnissen etwa 380,000 Mann Infanterie gleichkommen möchte. — p.

Polales und Provinzielles.

Posen, 3. Dezbr. [Die nächste Sitzung der Stadtverordneten] ist auf übermorgen, Mittwoch d. 5. d., Nachmittags 3 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen (I. die Inserate) u. A. das Regulativ zur Erhebung der Einkommensteuer, die Wahl eines Beigeordneten, die Feststellung des Stats der Kammereikasse für das nächste Jahr u.

— [Bestätigung.] Der bisherige provisorische Lehrer Adalbert Remnitz an der katholischen Schule in Wilatowo (Kr. Mogilno) ist in seinem Amte definitiv bestätigt worden.

Neustadt b. P., 2. Dez. [Ressource; Markt.] Dem Anschein nach soll der hiesige Ort in diesem Winter aus seinem Plegma gerissen werden. Abgesehen davon, daß wir allwöchentlich mehrere viel besuchte theatrale Vorstellungen haben, trägt der vor Kurzem gebildete Gesangsverein dazu bei, wöchentlich vergnügte Abende seinen Mitgliedern zu bereiten. Außerdem sind die Gutsbesitzer resp. Pächter Pinner und hiesiger Umgegend und mehrere dem höhern Bürgerstande angehörende Personen von hier und Pünne zu einer Ressource zusammengetreten, deren Zusammenkünfte, wie ich höre, alle 14 Tage hier stattfinden sollen. Gestern wurde dieselbe durch ein Tanzvergnügen eröffnet, an welchem die Betheiligung ziemlich zahlreich war. Die Gesellschaft besteht nur aus deutschen Mitgliedern. Wie ich erfahren, würde auch eine Bürgerressource ins Leben treten, die zugleich den Zweck haben soll, für geistige Genüsse zu sorgen. — Der am 28. v. M. in Neutomyssl stattgehabte Pferde- und Viehmarkt war ziemlich zahlreich mit Pferden besetzt, von welchen die guten bald Abnehmer fanden, trotzdem die Preise ziemlich hoch gestellt wurden. Weniger belangreich war der Auftrieb an Hornvieh, für welches es auch an Kauflust fehlte. Nur gutes Schlachtwiege wurde zu guten Preisen bald aus dem Markt genommen. Die Getreidezufuhren waren im Verhältniß bedeutend. Die Vorräthe wurden bald geräumt und Verkäufer mußten sich in die billigen Preise fügen. Der Scheffel Weizen galt 3—3½ Thlr., Roggen 1½—1½ Thlr., Hafer 25—27½ Sgr. Der Einwandmarkt war ohne große Bedeutung. Auf dem Krammarkt wurden schlechte Geschäfte gemacht, da es fast während des ganzen Tages regnete. Viele Krämer verließen, ohne Handgeld gemacht zu haben, den Markt.

Wollstein, 1. Dezbr. [Stadtverordnetenwahl; aufgedene Leiche; Preise.] Am 27., 28. und 29. v. M. fand hier die Ergänzungswahl der Stadtverordneten statt. Es wurden gewählt in der 3. Abtheilung: Die Schuhmachereister Friedrich Bießer und Johann Plotowicz, in der 2.: Kaufmann Jädel jun., Kr. Ger. Dolmetscher Wiffock und Gerbermeister Bernhardt, in der 1.: Justizrath Runge. Von den abgegangenen Stadtverordneten ist nur der Letztere wiedergewählt worden. In der 3. Abtheilung betheiligten sich von 221 stimmberechtigten Wählern 60 an der Wahl, in der 2.: 15 von 76, in der 1.: 16 von 36. — In diesen Tagen wurde in einem Walde unweit Priment die Leiche eines verurtheilten vielfach bestraften Diebes gefunden. Bei der gerichtlichen Obduktion wurden starke Verletzungen am Kopfe wahrgenommen und man vermuthet, daß die Tödtung bei Ausübung eines Verbrechens durch einen Dritten erfolgt und die Leiche hierauf in den Wald geschleppt sei. — Die durchschnittlichen Getreide- und Futterpreise stellten sich pro November: Der Scheffel Weizen 3½ Thlr., Roggen 2½, Gerste 1½, Hafer 1½, Buchweizen 1½, Erbsen 1½, Hirse 1½, Kartoffeln 1½, Sgr.; der Zentner Heu 26½ Sgr., das Schock Stroh 7½ Thlr.

H. Grin, 1. Dez. [Städtisches.] Unter Hinweisung auf den in Nr. 266 der „Posener Zeitung“ aus dem „Bromb. Wochenbl.“ übergegangenen Artikel, betr. den Beschluß der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung vom 10. November wegen Ablehnung der Wahl einer Klassensteuer-Einschätzungskommission wird eintheilen der weitere Verlauf zur Kenntnissnahme mitgetheilt. Bürgermeister Bartlig, dessen Person, insofern die Einrichtung der städtischen Verfassung hierüber ohne kollegialischen Gemeindevorstand getroffen ist (konf. §. 72 der St. O. vom 30. Mai 1853), allein den ganzen Magistrat bildet, hat ohne Berücksichtigung der im §. 73 (mit Bezug auf den zweiten Satz unter 2 des §. 56) der St. O. getroffenen Bestimmung und ohne Rücksicht auf die im §. 10a. des Gesetzes vom 1. Mai 1851 über die Veranlagung der Klassensteuer und bezüglich in den §§. 3 und 6 der Ministerial-Instruktion vom 8. Mai d. J. gegebenen Vorschriften, sowohl die Einschätzung als die Veranlagung der hiesigen Klassensteuer selbständig und ganz allein bewirkt und die betreffende Steuerrolle am 18. Nov. d. J. dem k. Landratsamte zu Schubin Bezug Revision und näherer Veranlagung übergeben. Ob nunmehr Seitens der Regierung die fragliche Steuerrolle, bei welcher eine vorchriftsmäßige Einschätzungskommission nicht mitgewirkt hat, trotzdem bestätigt resp. festgesetzt werden dürfte, was wohl schwerlich geschehen wird, darüber wird fernerweiter Bericht vorbehalten.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 29. Nov. Rahn Nr. 5, Schiffer S. C. L. Kleinscherper, Rahn Nr. 406, Schiffer Julius Schlauitz, Rahn Nr. 2288, Schiffer Ferdinand Fiedler, und Rahn Nr. 514, Schiffer Christian Koch, alle vier von Stettin nach Posen mit Steinkohlen.

[Eingefendet.]

Landwirthschaftliches.

Das Korneuburger Vieh-Heil- und Nährpulver ist in diesen Spalten schon öfters lobenswerth erwähnt worden, und zwar auf Grund von Zeugnissen, welche die kompetentesten Männer, Dekonomen, Viehzüchter, Thierärzte u. a. m., in glaubwürdigster Weise ausstellten. Wir freuen uns, denselben ein neues anreihen zu können, das für die vielseitige Verwendung und überraschenden Heilerfolge dieses Pulvers spricht:

Zimmerwald bei Bern, den 30. August 1860. Hr. Wohlgeb. Herrn Eugen Fürst, Redakteur der „Frauenthorfer Blätter und Vorstand der k. k. bayr. Garten- und Ackerbau-Gesellschaft. Im Besitze des mit Ihrem geschätzten Briefe vom 15. Juli gefandten Korneuburger Vieh-Heil- und Nährpulvers, bin ich so frei, Sie neuerdings um die Gefälligkeit zu bitten, mir mit möglichster Beförderung 4 Pakete des benannten Pulvers unter Postnachnahme hierher zu senden. Die mit den erhaltenen 2 Paketen versuchte Kur an einem dampfigen Pferde gelang vollkommen, daher ich wünsche, stets einen kleinen Vorrath des Pulvers zu Hause zu haben, um allfälliger Rückkehr der Krankheit bei Zeiten vorzubeugen.

Entschuldigen Sie, mein Herr! gefälligst die verursachte Mühe, und genehmigen Sie die Versicherung meiner Hochachtung.

Ihr ergebener

J. Zundermühle-Wittenbach, Hauptmann.

(Notiz aus der Preßb. Ztg. Nr. 263.)

Angekommene Fremde.

Vom 2. Dezember.

BAZAR. Frau Gutsh. v. Saragewski aus Lipno und Gutsh. v. Szczaniecki aus Łasko.

SCHWARZER ADLER. Sekretär Gorecki und Inspektor Biplaski aus Kurnik, die Gutsbesitzer Schulz aus Strzaskowo und Sellenthin aus Rybitow.

ZUM LAMM. Musikus Schenz aus Zillerthal, Müllermeister Senftleben aus Roganau und Handlungsgehilfe Rothschod aus Gnesen.

PRIVAT-LOGIS. Verwitwete Oberlieutenant Frau Hoffmann aus Lauban, kleine Ritterstraße Nr. 2.

Vom 3. Dezember.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Lieutenant Pfüddemann und Portepächter v. Hartung aus Gnesen, die Rittergutsbesitzer Graf Dabosi aus Kolaczko und Rausfal aus Berlin, Rittergutsbesitzer und Lieutenant Beyer aus Golenczewo, Direktor Langemann aus Leipzig, Kaufmann Schmiedke aus Berlin und Gutsh. Bährmann aus Köslin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer v. Dziembowski aus Meieritz, Dekonomekommissarius Barckow aus Samter, Frau Sanitätsrathin Dr. Zelaßo aus Rowanowo, Inspektor Waller aus Witten, die Anfleute Bipsius aus Glauchau, Feig, Lindemann, Bachmann und Gerber aus Berlin, Olendorf aus Rawicz, Runge aus Leipzig, Köstel aus Stettin und Scheller aus Magdeburg.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Hauptmann im 9. Inf. Regt. v. Zigmund aus Kolberg, Rentiere Fräul. Mittig aus Kottbus, die Kaufleute Röder aus Köln, Meyer aus Porphheim, Budet aus Mannheim, Barthels aus Barmen und Jaffe aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Graf Zoltowski aus Gajcz, die Rittergutsbesitzer v. Wojciechowski aus Zgierz, v. Kierski aus Gajow, v. Zatzewski aus Gajow und v. Zatzewski aus Baranowo, Wirthsch. Inspektor Jasielski aus Bonkowo, die Rittergutsbesitzer v. Morawski aus Chajow und v. Baranowski aus Chocie.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kaufmann Heymann aus Breslau, Gemischfabrikant Beder aus Warchau und Rentant Gocht aus Pilske.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Pradzyński aus Bielewicz und v. Modlibowski aus Alt-Guhle, die Inspektoren Wojciechowski aus Lubowo und Kuczyński aus Chwałibogowo, Frau Posthalter Schulz und Frau Gerichtsrathin v. Neuf aus Targowiza.

